



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

103. Sitzung

7. Wahlperiode

Freitag, 27. November 2020, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Birgit Hesse, Vizepräsidentin Beate Schlupp und Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke

Inhalt

Feststellung der Tagesordnung gemäß § 73 Abs. 3 GO LT	2	Antrag der Fraktion der AfD Corona-Maßnahmen auflockern – Strategiewechsel für Mecklenburg- Vorpommern vollziehen – Drucksache 7/5584 –	3, 20
Eidesleistung des Ministers gemäß Artikel 44 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	2	Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE Weitere Anstrengungen zur Bewältigung der Corona-Pandemie – vereinbarte Schutzmaßnahmen umsetzen, Landtagsbeteiligung stärken, Wirtschaft und Kultur weiter unterstützen – Drucksache 7/5615 –	3, 20
Minister Torsten Renz	2, 3	Nikolaus Kramer, AfD	20, 30
Information über den Bund-Länder-Beschluss zu den Corona-Winterregeln	3	Julian Barlen, SPD	22, 28, 30
Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern	3	Peter Ritter, DIE LINKE	24
Ministerpräsidentin Manuela Schwesig	3	Franz-Robert Liskow, CDU	25
Nikolaus Kramer, AfD	7	Dr. Ralph Weber, AfD	25
Wolfgang Waldmüller, CDU	9	Holger Arppe, fraktionslos	28
Simone Oldenburg, DIE LINKE	11	Ministerpräsidentin Manuela Schwesig	31, 34
Holger Arppe, fraktionslos	14	Dr. Gunter Jess, AfD	33
Dr. Gunter Jess, AfD	15	B e s c h l u s s	35
Thomas Krüger, SPD	17	Nächste Sitzung Mittwoch, 9. Dezember 2020	35

Beginn: 10.05 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 103. Sitzung des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Die Landesregierung hat gemäß Paragraf 72 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung die heutige Dringlichkeitssitzung verlangt. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 103. Sitzung liegt Ihnen vor. Wird der vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Tagesordnung der 103. Sitzung gemäß Paragraf 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung festgestellt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als wir diese Sitzung anberaumen haben, wussten wir noch nicht, dass wir in dieser Dringlichkeitssitzung unseres Parlaments auch von einer besonderen Persönlichkeit Abschied nehmen müssen. Mit Harald Ringstorff ist am vorvergangenen Donnerstag ein Wegbegleiter und Wegbereiter unseres Landes gestorben. 81 Jahre ist er alt geworden. Eines seiner acht Lebensjahrzehnte stand er an der Spitze der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns. Doch sein Wirken für unser Bundesland reichte weit über diese Dekade hinaus.

Harald Ringstorff hat die Sozialdemokratie hier in Mecklenburg-Vorpommern geprägt wie kaum jemand sonst. Gleich nach der Wende hat er den Parteivorsitz übernommen und die Landes-SPD bis 2003 geführt. Nach den ersten Landtagswahlen 1990 saß er auch der Fraktion vor und kehrte auf diesen Posten 1996 noch einmal zurück. Bevor er Ministerpräsident wurde, sammelte er als Wirtschaftsminister im Kabinett von Berndt Seite Regierungserfahrung. Als er dann selber seine Regierung bauen konnte, zeigte er den Mut und die Unbeirrtheit, die viele über all die Jahre seines politischen Wirkens an ihm schätzten: Mit der ersten rot-roten Landesregierung sorgte er für die bundesweit viel beachteten, aber nicht unbedingt geliebten Schweriner Verhältnisse, zu denen er immer gestanden hat.

Harald Ringstorff war ein echter und streitbarer Demokrat, der unterschiedliche Positionen aushalten und sie schlussendlich auch zusammenführen konnte. Er war kein Mann der vielen, aber ein Mann der klaren Worte, und vielen von diesen auch auf Plattdeutsch, und das machte ihm große Freude. Harald Ringstorff war hier tief verwurzelt, im Land und vor allem bei den Menschen unseres Landes. Er war einer von ihnen, einer von uns, er hatte ihre Erfahrungen und ihre Lebenswirklichkeit geteilt. Woran wir uns vielleicht gerade jetzt in dieser so herausfordernden Zeit erinnern sollten, ist sein Streben nach Versöhnung. Die sozialen Gräben verlaufen heute sicherlich anders als noch Ende der 90er-Jahre, aber der Spaltung unserer Gesellschaft entgegenzuwirken, ist auch heute wieder eine drängende Aufgabe für uns alle.

Der Familie von Harald Ringstorff, besonders seiner lieben Frau Dagmar, und allen, die ihm verbunden waren, gilt unser tief empfundenes Beileid. Ich wünsche ihnen, dass sie in diesen schweren Stunden Trost und Zuspruch erfahren. Für all diejenigen unter Ihnen, die noch ein paar persönliche Worte des Abschieds niederschreiben möchten, haben wir vor dem Plenarsaal ein Kondolenzbuch ausgelegt.

Zum Schluss nur noch dies: Leif Harald, wi vermissn di, maakt gaut!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, zu Ehren des Verstorbenen sich von den Plätzen zu erheben für die Schweigeminute.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Meine sehr geehrten Damen und selbstverständlich auch Herren, ich danke Ihnen, dass Sie sich zu Ehren von Harald Ringstorff von den Plätzen erhoben haben.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1: Eidesleistung des Ministers gemäß Artikel 44 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.**

Eidesleistung des Ministers gemäß Artikel 44 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Meine Damen und Herren, die Ministerpräsidentin hat gemäß Artikel 43 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern Folgendes mitgeteilt: „Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, mit Urkunde vom heutigen Tage habe ich folgenden Minister ernannt:

Herrn Torsten Renz Minister für Inneres
und Europa

Mit meiner Vertretung habe ich Herrn Minister Glawe beauftragt.

Ich bitte Sie, gemäß Artikel 44 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern die Vereidigung des Ministers vorzunehmen.“

So weit das Schreiben der Ministerpräsidentin.

Ich bitte nunmehr den Minister, zur Eidesleistung nach vorne zu kommen, und ich bitte die Mitglieder des Landtages, sich von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Sehr geehrter Herr Renz, lieber Torsten, ich spreche Ihnen die Eidesformel vor und bitte Sie dann, zum Schwur die rechte Hand zu heben und entsprechend den Schwur zu leisten. Der Eid kann mit der religiösen Bekräftigung oder ohne sie geleistet werden.

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde.“

Minister Torsten Renz: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich spreche Herrn Minister Renz die Glückwünsche des Hauses aus und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit alles Gute zum Wohle unseres Landes, von Mecklenburg-Vorpommern. Herzlichen Glückwunsch!

(lang anhaltender Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE, Christel Weißig, fraktionslos, und auf der Regierungsbank)

Wir hätten gerne an dieser Stelle dem Minister auch einen Blumengruß überreicht. Das ist leider in Corona-Zeiten alles etwas schwierig. Insofern habe ich mich entschieden, dem Minister ein kleines Präsent auf jetzt noch seinem Tisch hier zu übergeben, und die Fraktionsvorsitzenden haben sich auch entschieden, einen kleinen Blumengruß zu übergeben. Der wird dann dort an dem Tisch hinter Herrn Glawe abgelegt werden. Ich hoffe, Herr Glawe bewacht dann die Blumen ordnungsgemäß. – Vielen Dank!

(allgemeine Heiterkeit –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Na, wenn da eine Torte drin ist, wirds schwierig!)

Minister Torsten Renz: Herzlichen Dank!

(Gratulationen)

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, da der Innenminister nunmehr auch Platz genommen hat auf seinem ihm zugeteilten Platz auf der Regierungsbank, rufe ich auf den **Tagesordnungspunkt 2:** Information über den Bund-Länder-Beschluss zu den Corona-Winterregeln, hierzu Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Zur Regierungserklärung liegen zwei Anträge aus den Fraktionen vor, die ich nach der Aussprache zur Regierungserklärung aufrufen werde.

Information über den Bund-Länder-Beschluss zu den Corona-Winterregeln

Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern

**Antrag der Fraktion der AfD
Corona-Maßnahmen auflockern –
Strategiewechsel für Mecklenburg-
Vorpommern vollziehen
– Drucksache 7/5584 –**

**Antrag der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE
Weitere Anstrengungen zur
Bewältigung der Corona-Pandemie –
vereinbarte Schutzmaßnahmen umsetzen,
Landtagsbeteiligung stärken, Wirtschaft
und Kultur weiter unterstützen
– Drucksache 7/5615 –**

Das Wort hat die Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Manuela Schwesig.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Gäste! Zunächst den Abgeordneten vielen Dank für ihre Bereitschaft, zu dieser Sondersitzung zusammenzukommen!

Als wir Ende Oktober hier im Landtag über die Corona-Pandemie debattiert haben, haben wir gesehen, dass uns eine zweite Welle, so wie ja auch vorhergesehen für Herbst und Winter, erreicht hat in ganz Deutschland. Und

diese Corona-Welle war ungebrochen. Die Zahlen in Deutschland hatten ein exponentielles Wachstum, also eine steile Kurve, und wir haben damals gesagt, wir brauchen einen Wellenbrecher. Und deshalb haben wir Schutzmaßnahmen ergriffen, wir haben einen Teil-Shutdown gemacht und es gab damals hier eine breite Unterstützung.

Und ich kann hier heute sagen, diese Maßnahmen haben gewirkt. Diese Maßnahmen haben gereicht, die Welle zu brechen, aber sie reichen nicht aus, um die Infektionszahlen, die weiter auf hohem Niveau sind, zu drücken. Wir haben deshalb mit der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Länder vorgestern über die Maßnahmen, über die Wirksamkeit Bilanz gezogen und Vorschläge für das weitere Vorgehen entwickelt.

Klar ist, wir brauchen mehr Zeit. Wir sind bei den Infektionszahlen bundesweit auf einem zu hohen Niveau. Und deshalb waren wir uns einig, dass wir die Novembermaßnahmen, den Teil-Shutdown, verlängern müssen. Wir waren uns aber auch einig, wir brauchen eine Perspektive bis in den Januar und wir müssen gerade den vielen Familien sagen, wie steht es um das Weihnachtsfest, wie geht es mit dem Jahreswechsel weiter.

Danach gilt, wir brauchen weitere strenge Regeln für Hotspots, für Risikogebiete, müssen aber gleichzeitig die Möglichkeit geben für die Länder, für die Gebiete, die unter einer Inzidenz von 50 liegen, auch Ausnahmen zu machen. Wie Sie wissen, haben wir uns immer für dieses Vorgehen eingesetzt, bundeseinheitliche Regeln, gekoppelt an die Inzidenz, um den regionalen Besonderheiten Rücksicht zu geben. Und das ist nach meiner tiefen Überzeugung eine gute Strategie für ganz Deutschland und auch eine Chance für Mecklenburg-Vorpommern, denn wir sind nach wie vor geringer von der Corona-Krise betroffen als andere Bundesländer, oder umgekehrt gesagt, wir sind gleich betroffen, aber wir haben frühzeitig Maßnahmen ergriffen, sodass bei uns die Zahlen zum Glück nicht durch die Decke gehen. Und ich finde es gut, dass wir wieder direkt zwei Tage nach unseren Beratungen hier die Gelegenheit haben, im Landtag über diese Corona-Winterregeln zu diskutieren und auch darüber, was diese für unser Land bedeuten.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, wenn wir uns die Infektionszahlen anschauen, dann sehen wir, wir machen Fortschritte. Die Welle ist gebrochen, die Ansteckungszahlen steigen nicht mehr ungebremst, aber trotzdem haben wir auf hohem Niveau jeden Tag weitere Infektionen. Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern aktuell zwei Landkreise und zwei kreisfreie Städte, die in den vergangenen sieben Tagen weniger als 35 Menschen auf 100.000 Einwohner als Indexfälle hatten. Insgesamt haben wir als Land eine Inzidenz von 47,1. Eine Inzidenz von weniger als 50 heißt, Mecklenburg-Vorpommern ist weiterhin kein Risikogebiet. Das verdanken wir auch diesen strengen Maßnahmen im November, sonst wären wir längst Risikogebiet.

Und ich weiß, dass die Maßnahmen den Bürgerinnen und Bürgern viel abverlangen, insbesondere Einschnitte im wirtschaftlichen, im kulturellen Bereich. Aber auch die Begegnungen fehlen uns Menschen. Geburtstagsfeiern, Familientreffen fallen aus, wir würden gerne Freunde öfter sehen, wir vermissen Kultur und Veranstaltungen und jetzt in der Adventszeit den traditionellen Bummel

über den Weihnachtsmarkt. Und für viele geht es um den Arbeitsplatz, um die blanke wirtschaftliche Existenz. Vor allem die Beschäftigten im Tourismus und in der Gastronomie, die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Schaustellerinnen und Schausteller und diejenigen, die im Veranstaltungsgewerbe arbeiten, auch im Kulturbereich, bangen um ihre Zukunft.

Und deshalb verstehe ich auch, dass die Maßnahmen kontrovers diskutiert werden, und das ist auch völlig legitim. Eine aktuelle Umfrage des NDR zeigt, dass 46 Prozent der Befragten die Corona-Schutzmaßnahmen genau angemessen finden, für 16 Prozent gehen sie nicht weit genug, 37 Prozent halten sie für zu weit gehend. Diese Zahlen zeigen die kontroverse Debatte. Menschen sagen, das ist der richtige Weg, viele sagen, es muss strenger werden, andere sagen, es geht uns zu weit.

Die gleiche Umfrage zeigt auch, dass 70 Prozent der Befragten mit der Regierung zufrieden sind. Und ich glaube, diese Zahl zeigt, dass die Menschen sehen, dass wir als Landesregierung alles dafür tun, die Balance zu halten, den Dreiklang zu bewahren, den wir von Anfang an als Maxime für unsere Strategie ausgegeben haben: die Sicherheit, die Gesundheit der Menschen zu schützen, aber auch auf Arbeitsplätze und Wirtschaft zu achten und auf den sozialen Zusammenhalt. Diese Balance zu halten in einer Pandemie, die weltweit einmalig ist und alle in Atem hält, ist nicht immer einfach, bringt viele Diskussionen mit sich, aber an dieser Zufriedenheit sehen wir, dass es eine breite Unterstützung gibt.

Und deshalb möchte ich mich bei den Bürgerinnen und Bürgern bedanken, dass sie über Monate hinweg sich in großem Maße an diese Regeln halten, dass sie diese krassen Einschränkungen ertragen, mittragen, und damit den maßgeblichen Beitrag dafür geleistet haben und leisten, dass Mecklenburg-Vorpommern bisher am besten durch die Krise kommt und dass wir noch kein Risikogebiet sind. Vielen Dank für diese Geduld, für diese Solidarität der Bürgerinnen und Bürger!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Ich möchte mich auch bei den Ministerinnen und Ministern und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesregierung bedanken, weil auch die 70 Prozent eine Unterstützung für die Landesregierung sind.

Ganz besonders möchte ich mich heute bedanken bei Lorenz Caffier, der gerade in diesen Pandemiezeiten gemeinsam mit mir an der Spitze der Landesregierung von Anfang an, von März an, wo niemand eine gute Idee hatte, wie machen wir das eigentlich, beraten hat, gemeinsam mit der Landesregierung, mit den Kommunen, wie kommen wir hier gut durch, der maßgeblich die strengen Reiseregeln, die ein Teil dieses Erfolges sind, mitgetragen und durchgetragen hat. Bei aller kontroversen Diskussion, diese Arbeit von Lorenz Caffier sollte nicht kleingeredet werden, und deshalb von dieser Stelle noch mal vielen Dank für diese vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und ich bin mir auch sicher, dass die Zusammenarbeit mit Harry Glawe ...

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, AfD und DIE LINKE)

Ich sage es trotzdem: Ich bin mir auch sicher – ich konnte es ihm heute schon persönlich sagen –, dass auch die Zusammenarbeit mit Harry Glawe als stellvertretendem Ministerpräsidenten, ...

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ja, man sieht, wie er seiner Ministerpräsidentin vertraut, er kümmert sich schon um weitere Angelegenheiten.

... ich bin sicher, dass die Zusammenarbeit mit unserem Wirtschaftsminister Harry Glawe, zukünftig – ab heute – als stellvertretendem Ministerpräsidenten, genauso gut und vertrauensvoll sein wird. Unser Wirtschafts- und Gesundheitsminister hat in dieser Krise schon viel geleistet, viel Durchhaltevermögen und Standing bewiesen, und ich bin sicher, das wird er auch als stellvertretender Ministerpräsident, und ich freue mich auf diese Zusammenarbeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und ich freue mich auch auf die Zusammenarbeit mit Herrn Renz, denn ich habe Sie, Herr Renz, in dieser, gerade in dieser Krisenzeit in der Zusammenarbeit als Fraktionsvorsitzender auch als sehr verantwortungsbewussten und verlässlichen Partner kennengelernt und ich bin sicher, dass Sie auch diese Verantwortung und diese Verlässlichkeit als neues Regierungsmitglied zeigen und wir gemeinsam als Landesregierung diese Krise weiter gut steuern. Auf gute Zusammenarbeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU
und Christel Weißig, fraktionslos)

Und ich möchte mich ganz besonders bei Ihnen, liebe Abgeordnete, bedanken für Ihre Unterstützung, für die konstruktiven Beratungen und auch Rückhalt in einer Zeit, in der auch die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament extrem beansprucht wird, stärker als in normalen Zeiten. Und ich danke allen, die an den MV-Gipfeln mitwirken. Dort beraten wir alle wichtigen Corona-Maßnahmen mit den Landräten und Oberbürgermeistern, mit Wirtschaft, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Gesundheitsexperten. Wir stellen in unserem Land unsere Entscheidungen auf eine breite Basis und wir werden das auch weiterhin gemeinsam tun, das, was für Mecklenburg-Vorpommern nötig ist.

Unsere Vorsicht schützt unsere Gesundheit, sie rettet Leben. Unsere Krankenhäuser können in der Corona-Pandemie weiterhin an Covid erkrankte Patienten gut versorgen. Ich habe mich selbst davon persönlich vor Kurzem in der Universitätsklinik Rostock überzeugt. Ich habe mit behandelnden Ärzten und Pflegern gesprochen und sie haben mir eindrucksvoll beschrieben, wie aufwendig diese Versorgung gegenüber der aufwendigen Versorgung anderer intensivpflichtiger Patienten ist, dass eben die Covid-Erkrankung weitere Sicherheitsmaßnahmen auf der Normalstation und der Intensivstation so wieso erfordert, dass die Zusammenarbeit mit den Angehörigen viel Zeit braucht.

Und genau darum geht es, das müssen wir uns ins Bewusstsein rufen: Die Corona-Erkrankung, die Covid-

Erkrankung ist nicht einfach vergleichbar mit anderen schweren Erkrankungen, sie braucht noch zusätzliche Kräfte und Zeit des Personals. Und das ist unser Anspruch: Wir können nicht jeden vor einer Infektion schützen, aber unser Anspruch muss sein, dass der, der sich infiziert und daran erkrankt, auch die notwendige medizinische Versorgung bekommt. Das ist unsere ethische und moralische Verpflichtung, und deshalb sind die harten Einschränkungen auch verhältnismäßig und verantwortungsvoll.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Dietmar Eifler, CDU)

In Mecklenburg-Vorpommern, sehr geehrte Damen und Herren, werden derzeit 27 Corona-Patienten im Krankenhaus behandelt, davon müssen 14 beatmet werden. In allen Landesteilen stehen noch Betten auf den Intensivstationen zur Verfügung. Alle Menschen, die ins Krankenhaus müssen, bekommen diese medizinische Hilfe, die sie brauchen.

Und auch hier möchte ich noch mal daran erinnern, dass es wichtig ist, dass nicht nur Covid-Erkrankte die medizinische Hilfe bekommen, die sie brauchen, sondern natürlich auch alle anderen schwer Erkrankten, denn die Corona-Pandemie hält den Herzinfarkt, den Verkehrsunfall, die schwere Krebserkrankung nicht auf. Auch diese ganzen Erkrankungen, Unfälle, Infarkte gibt es weiter, und auch diese Menschen müssen auf das gute Gesundheitswesen vertrauen können.

Die Entwicklung bei uns im Land gibt Anlass zur Hoffnung und zu vorsichtigem Optimismus, aber sie ist eben kein Anlass zur Entwarnung. Die Zahl der Neuinfektionen ist auch bei uns nach wie vor zu hoch, aber vor allem in allen anderen Teilen Deutschlands. Allein 63 Landkreise oder kreisfreie Städte haben eine Inzidenz von mehr als 200, das Vierfache von 50! Nur 29 Kreise in ganz Deutschland sind nicht Risikogebiet. Jeden Tag stecken sich Menschen an, die schwer erkranken und lange unter Corona leiden werden. Und Ärztinnen und Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger müssen sich ja nicht erst jetzt um diese Patienten kümmern, sondern seit Monaten kümmern sie sich unter diesen hohen Belastungen. Und jeden Tag sterben Menschen. Gestern waren es 426 in Deutschland.

Das zeigt, dass wir noch mitten im Kampf gegen diese zweite Welle stecken. Und deshalb, sehr geehrte Damen und Herren, ist es eben noch nicht die Zeit, über Lockerungen zu sprechen. Wir haben vorgestern vereinbart, dass die Maßnahmen, die seit Anfang November gelten, zunächst bis 20. Dezember verlängert werden, bundesweit und auch in Mecklenburg-Vorpommern. Die Kontaktbeschränkungen müssen wir sogar weiter verschärfen. Private Kontakte werden auf fünf Personen beschränkt, aus dem eigenen Haushalt und aus einem anderen Haushalt. Erleichterungen gibt es für Familien, weil Kinder bis 14 Jahre nicht mitzählen.

Weiterhin bleiben die Gaststätten, die Hotels, der Tourismus, der Sport und die Fitnessstudios, auch die Theater und Museen geschlossen. Auch wenn wir diesen Bereich zu unserem Freizeitbereich zählen, möchte ich all diejenigen, die in diesen Bereichen arbeiten, sagen, es ist kein Bereich, auf den wir dauerhaft verzichten wollen. Diese Bereiche gehören genauso zu unserem Leben wie alle anderen Bereiche, und deswegen soll es

nur ein zeitlich begrenzter Verzicht sein. Unser Ziel ist, dass diese Bereiche wieder öffnen können und dass sie dauerhaft überleben, weil sie zu unserem Leben gehören.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Es sind weitere Verschärfungen für die Wirtschaft geplant, insbesondere im Einzelhandel. In größeren Geschäften soll die Zahl der Kunden begrenzt werden. An dieser Stelle schlagen wir vor, dass wir diese Verschärfung in Mecklenburg-Vorpommern nicht machen. Sie ist aus unserer Sicht nicht zwingend nötig, weil wir Zahlen unterhalb von 50 haben. An dieser Stelle wollen wir auch ein Zeichen setzen, dass es sich lohnt, auf seine Infektionszahlen zu achten. Wir würden auch daran festhalten, was beschlossen ist und was ja der Landtag letztes selbst gefordert hat: Die Zoos sollen offen bleiben und der Kinder- und Jugendsport soll weiter möglich sein.

Und, sehr geehrte Damen und Herren, um die Schulen hat es in den letzten Tagen viele und harte Diskussionen gegeben, und das ist verständlich. Schule – und das haben wir von Anfang an offen und transparent gesagt – ist eine Großveranstaltung. In Schulen kommen viele Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und weiteres Personal zusammen. Und wir waren uns auch bei der Öffnung nach den Sommerferien einig und haben es immer deutlich gesagt, wenn wir wollen, dass sie im Regelunterricht zusammenkommen, die Klassen nicht halbiert werden und nicht nur ein Tag Unterricht möglich sein soll, dann kommen viele Schüler in einem Raum ohne Abstand zusammen. Und deshalb machen sich natürlich Eltern Sorgen, ist das noch für meine Kinder sicher genug, und auch Lehrerinnen und Lehrer machen sich Sorgen.

Für Mecklenburg-Vorpommern kann ich ganz klar sagen, unsere Schulen sind kein Ort des unkontrollierten Infektionsgeschehens. Weder unsere Kitas noch unsere Schulen sind Infektionstreiber. Die allermeisten Infektionen, die aufgetaucht sind bei Schülern und Lehrern, sind von außen eingetragen worden. Deshalb bleibt nach wie vor unser Ziel, außerhalb von Kita und Schule besonders streng zu sein, im Zweifel durch Schließungen, damit die Infektionszahlen im Griff bleiben, kontrolliert bleiben und damit wenig Infektionen in Kita und Schule getragen werden. Der Ansatz muss sein, vor allem den Bereich außerhalb von Kita und Schule unter Kontrolle zu haben, damit Infektionen nicht in Kita und Schule gelangen können. Und die Länder, die wie wir dieses kontrollierte Geschehen haben, weil sie noch kein Risikogebiet sind, wo die Zahlen durch die Decke gehen, können diese Verlässlichkeit für Kitas und Schulen bieten.

Und natürlich haben wir auch in den Schulen Hygienekonzepte. Deswegen findet auch an etwa 95 Prozent der Schulen ganz normaler, regulärer Unterricht statt. Und in den anderen Prozenten gibt es die Situation, dass wir bei einem Infektionsfall natürlich Schülerinnen und Schüler oder Lehrerinnen und Lehrer, Kohorten, die die Gesundheitsämter bestimmen, in Quarantäne schicken müssen. An dieser Stelle wünschen wir uns, dass wir mit mehr Schnelltests die Quarantäne schneller verkürzen können, um dort auch wieder regulären Unterricht so schnell wie möglich anzubieten.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir bleiben dabei, Ziel muss es sein, so lange wie möglich auch

in einer zweiten Welle Kitas und Schulen offen zu halten, nicht mit Unsicherheiten und nicht um jeden Preis, aber für den Preis, dass wir außerhalb von Kita und Schule strenger sind, damit unsere Kinder und Schüler in die Kita, in die Schule gehen können, damit sie Bildung bekommen, denn bei allen schönen Worten von Digitalunterricht, von Hybridunterricht, von Wechselmodellen – die viele Virologen übrigens sogar kritisch sehen, weil sie infrage stellen, ob die Schülerinnen und Schüler am Nachmittag zu Hause wirklich so auf Abstand und mit Maske sitzen, dass es besser wäre, als wenn sie in der Schule sitzen –, aber unabhängig davon, all diese Alternativmodelle, die man ergreifen muss, wenn man sehr hohe Inzidenzen hat, ersetzen nicht, dass, wenn Kinder, wenn Jugendliche in die Schule gehen, sie dort Ansprechpartner haben und vor allem dort auch ihre sozialen Kontakte, ob den Lehrer, die Schulsozialarbeiterin, aber vor allem ihre vielen Freundinnen und Freunde.

Und diese Bildungschancen und diese gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir nicht so stark beschränken. Und deswegen hat sich unser Land dafür eingesetzt, dass klar ist, dass weiter Kitas und Schulen offen bleiben können. Und dass die Regionen, die sehr hohe Inzidenzen haben, über Einschränkungen reden müssen, das ist richtig, aber für Mecklenburg-Vorpommern gilt weiterhin, Kitas und Schulen bleiben im Regelbetrieb offen. Das ist eine wichtige Nachricht für die Kinder, die Familien und auch die Wirtschaft.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, diese Regeln für ganz Deutschland gelten bis zum 20. Dezember und es spricht auch viel dafür, dass sie darüber hinaus bis in den Januar hinein verlängert werden müssen. Ob wir in Mecklenburg-Vorpommern Lockerungen möglich machen können, hängt auch von unserem Verhalten jetzt in der Adventszeit ab, denn es war uns wichtig, jetzt noch mal die Kontakte sehr eng zu halten, damit dann mehr Spielräume über Weihnachten und den Jahreswechsel möglich sind. Der eine oder andere belächelt das ja und sagt, mein Gott, jetzt schränkt ihr die Kontakte ein und über Weihnachten ist alles möglich, wie passt das denn zusammen?! Erstens stimmt es nicht, dass alles möglich ist. Die Kontaktbeschränkung ist jetzt sehr eng: zwei Hausstände, maximal fünf Personen. Wir wollen vom 23.12. bis 01.01. diese Kontaktbeschränkungen lockern, damit Treffen im engsten Familien- und Freundeskreis möglich sind: bis zu zehn Personen, unabhängig von den Hausständen.

Und ja, das Weihnachtsfest ist für viele, für die große Mehrheit, das Fest der Familie. Und uns war auch wichtig, dass sich diese Besuche strecken bis zum 1. Januar. Es geht nicht um die rauschende Silvesterparty, es geht aber um die vielen Menschen, die in der Pflege, im Krankenhaus, in der Feuerwehr, in der Polizei über die Weihnachtstage für uns da sind, die sagen, ich mache Weihnachten Schicht und du, lieber Kollege, Silvester, und die dann am 27. ihre Koffer packen und vielleicht die Eltern besuchen wollen oder die Geschwister oder umgedreht. Und deshalb war es uns sehr wichtig – und das ist ein wichtiges Signal für die Bürgerinnen und Bürger –, dass Weihnachten im Kreis der Familie und engsten Freunde stattfinden kann. Es müssen nicht rauschende Feste sein, aber dieses Zusammenkommen in dieser Zeit ist wichtig für den sozialen Zusammenhalt. Deshalb ist es richtig, dass es diese Öffnung in dieser Zeit gibt.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir werden mit den Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin weiter regelmäßig beraten, dabei die Infektionszahlen in den Blick nehmen und uns abstimmen, wie wir vorgehen. Und es werden auch im neuen Jahr weiter strenge Regeln notwendig sein, insbesondere für Risikogebiete und Superhotspots. Gleichzeitig haben wir uns in Mecklenburg-Vorpommern für vorsichtige Lockerungen eingesetzt, denn es wird eine ganze Weile dauern, bis die Inzidenz dort, wo sie heute über 200/300 gestiegen ist, bis sie dort zurückgeht. In anderen Regionen, die auch jetzt weniger betroffen sind, kann das schneller gehen. Und deshalb haben wir uns auch darauf verständigt, dass dort, wo die Inzidenz dauerhaft und deutlich unter 50 bleibt, Lockerungen früher möglich sind.

Wir haben in unserem Land vergleichsweise niedrigere Ansteckungszahlen, weil das Land mit den Kommunen frühzeitig und konsequent auf diese zweite Welle reagiert hat und sich die meisten Menschen auch an die Regeln halten. Und diese gute Situation dürfen wir nicht aufs Spiel setzen. Noch sind auch bei uns diese Ansteckungszahlen zu hoch, um über weitere Lockerungen zu diskutieren. Und auch ein ständiges Hin und Her wollen wir nicht. Es bringt nichts, jetzt zwei Dinge aufzumachen und in 14 Tagen zu sagen, jetzt sind wir Risikogebiet, jetzt muss wieder geschlossen werden. Es muss uns gelingen, mit diesen Maßnahmen wieder dauerhaft und deutlich unter 50 zu kommen. Und wenn wir in unserem Land kulturelle Einrichtungen, Restaurants oder Hotels früher wieder öffnen wollen, dann müssen wir uns jetzt an die strengen Regeln halten. Unser Verhalten jetzt entscheidet über die Möglichkeiten zum Jahreswechsel und zum Januar.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir wissen, dass die Verlängerung der Einschränkungen in vielen betroffenen Branchen eine sehr schwierige Situation bringt. Restaurants und Hotels müssen weiter auf Umsatz verzichten. Es gibt keine Veranstaltungen, keine großen Feste, kein Catering. Und gerade in kleineren Betrieben sind Reserven aufgebraucht. Deshalb bleiben wir dabei, wir lassen Unternehmerinnen und Unternehmer, die Beschäftigten nicht im Stich. Es braucht weitere Wirtschaftshilfen, es braucht weiteres Kurzarbeitergeld.

(Unruhe bei Holger Arppe, fraktionslos)

Und deshalb stehen wir auch weiter zusammen, wenn es um die Wirtschaft, unsere Arbeitsplätze und den Schutz vor Folgen von Corona geht. Deshalb ist es gut, dass die Novemberhilfen vereinbart worden sind. Sie können jetzt beantragt ...

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment, bitte! Einen Moment bitte, Frau Ministerpräsidentin!

Herr Arppe, ich höre Sie permanent reden. Ich würde Sie bitten, bei einer Regierungserklärung sich ruhig zu verhalten. Sie haben nachher noch das Wort. Ich kann der Ministerpräsidentin nicht mehr folgen. Insofern bitte ich Sie jetzt, von dem Gemurmel Abstand zu nehmen.

Bitte, Frau Ministerpräsidentin!

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Ich würde an diesem wichtigen Punkt gerne noch mal wiederholen: Es ist wichtig, dass es die November-Wirtschaftshilfen gibt. Sie können jetzt beantragt werden, Abschlüsse werden

gezahlt. Und wir haben mit dem Bund vereinbart, dass es natürlich auch im Dezember Unterstützung geben muss für die Wirtschaft, für die Kultur. Diejenigen, die jetzt massiv unter Einschränkungen leben müssen, auch wirtschaftlich, müssen weiter Wirtschaftshilfen bekommen. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, der Corona-Winter 2020/2021 wird ein harter Winter. Das ist mittlerweile oft gesagt worden, und es bleibt wahr. Aber man kann es auch nicht anders sagen, wir brauchen in den nächsten Monaten weiter Geduld und Solidarität. Wer jemanden kennt, der schwer an Corona erkrankt ist, weiß, wie wichtig diese Vorsicht und Solidarität ist. Corona ist keine Krankheit, die man mal so gerne mitnimmt, um dagegen immun zu sein. Es lohnt sich, uns vor Corona zu schützen und diese Einschränkungen in Kauf zu nehmen.

Und es gibt Licht am Ende des Tunnels. Sie alle haben gelesen und gehört, dass die Entwicklungen beim Impfstoff vielversprechend sind. Wir sind da auf einem guten Weg und Deutschland ist dabei mit ganz vorne. In Mecklenburg-Vorpommern bereiten wir uns jetzt schon auf mögliche Impfungen vor, freiwillig, für alle, die es wollen. Das Land, die Kommunen und die Gesundheitsexperten arbeiten deshalb auf Hochtouren an einem Impfkonzert. Unser Gesundheitsminister wird dieses Konzept nächsten Dienstag im Kabinett vorstellen. Es wird dann sicherlich noch eine Weile dauern, bis viele Menschen geimpft sind, aber die Entwicklung der Impfstoffe für 21 gibt Hoffnung.

Und ich bin froh, dass wir bis hierhin und bis zur Möglichkeit von Impfungen und Lockerungen bisher gut durch diese Krise gekommen sind. Ich danke auch den Kommunen, dass sie diese konsequente Pandemiebekämpfung stemmen. Wir danken allen, die im Gesundheitswesen, in den Kommunen, in den Schulen und Kitas, in den Alten- und Pflegeheimen mithelfen, unsere Gesundheit zu schützen. Das kostet Kraft, und viele Beschäftigte müssen seit Monaten diese Anstrengungen überstehen und weit darüber hinausgehen.

Ich danke vor allem den Menschen, die sich konsequent an die Regeln halten, auf Kontakte und Begegnungen verzichten und dadurch dazu beitragen, dass sie selbst und vor allem andere gesund bleiben. Hoffentlich können wir alle in der Weihnachtszeit die notwendige Kraft tanken. Hoffentlich sehen wir bis dahin, dass die Infektionszahlen weiter im Griff sind in unserem Land und bundesweit möglichst runtergehen. Zunächst aber wünsche ich uns allen einen schönen 1. Advent. Bleiben Sie alle gesund!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin!

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 158 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache zur Regierungserklärung zum Thema „Information über den Bund-Länder-Beschluss zu den Corona-Winterregeln“.

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende für die Fraktion der AfD Herr Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, Freiheit statt Zwang!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die Zahlen sprechen in dieser Zeit eine klare Sprache: über 60 Millionen mit Corona infizierte Menschen weltweit, fast 1 Million in Deutschland, weltweit fast 1,5 Millionen Tote, in Deutschland über 15.000. Es lässt sich nicht von der Hand weisen, und wir alle müssen anerkennen, dass wir es mit einer ernst zu nehmenden Pandemie, also dem weltweiten Ausbruch einer Infektionskrankheit, zu tun haben.

Selbstverständlich müssen wir auch anerkennen, dass die Menschen weltweit und eben auch bei uns besorgt sind. Und wir erwarten, dass in einer lebendigen Demokratie der politische Streit über den richtigen Weg und die angemessene Lösung dort stattfindet, wo er hingehört, in die Parlamente.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine Damen und Herren, ganz besondere Zurückhaltung ist geboten bei Einschränkungen unserer Grundrechte. Beschränkungen dieser Art können notwendig sein, bedürfen aber der permanenten Abwägung. Unsere Landesregierung jedoch leistet dazu bis heute keinen Beitrag.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Der renommierte Verfassungsrechtler Hans-Jürgen Papier stellt für die Bundesebene fest, dass die grundlegenden Abwägungsentscheidungen zwischen den Schutzgütern, der Gesundheit und der Freiheit, eben nicht dem Parlament vorbehalten bleiben, sondern der Exekutive. Ich zitiere: „Diese behält nach wie vor insoweit einen Persilschein.“ Zitatende.

Frau Ministerpräsidentin, in der gleichen Art agieren Sie leider auch hier in Mecklenburg-Vorpommern: Verzicht auf eine solide Finanzpolitik, Schattenhaushalt der Regierung, Verletzungen des Budgetrechts des Parlaments, immense finanzielle Belastung der nachfolgenden Generationen, Einschränkung der Zukunftschancen für Mecklenburg und Vorpommern, kostenintensive Maßnahmen ohne Zusammenhang mit Corona, Intransparenz des Haushaltes und so weiter und so weiter.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Julian Barlen, SPD: Völliger Unsinn!)

Nennen Sie das etwa eine angemessene parlamentarische Einbindung?! Es besteht die dringende Notwendigkeit, bei den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie deutlicher zu differenzieren, um unnötige Härten für die Menschen und die Wirtschaft in unserem Land zu vermeiden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Die Regelungen hinsichtlich der Kitas und Schulen, die jetzt entschieden wurden, begrüßen wir ausdrücklich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Julian Barlen, SPD: Also wird
doch differenziert.)

Die Sicherstellung von Erziehung und Bildung ist so mutig wie richtig, Herr Barlen, und wurde genau aus diesen Gründen von uns schon im Frühjahr gefordert,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

allerdings genauso brüsk von Ihnen deutlich abgewiesen. Glückwunsch zu dieser späten Erkenntnis!

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Aber immer noch sind Schule und Kita mehr als das Durchexerzieren von Corona-Maßnahmen: Maske auf, Maske ab, Fenster auf, Fenster zu. Ganz besonders hier kommt es jetzt und in Zukunft auf einfache, wirkungsvolle, sinnvolle und klare Regeln an, damit die Schulen und Kitas, die übrigens bei allen Einzelfällen irgendwo Hotspots waren, sich auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren können. Wir werden sie hierbei weiterhin kritisch und aufmerksam begleiten.

Der Kern unserer Kritik richtet sich aber auf Ihren leider sehr undifferenzierten Umgang mit den wichtigen Arbeitgebern hier im Land. Die rigorose Schließung von Gaststätten, Hotels, Betreibern von Ferienwohnungen, Theatern und Opern, Kinos, Messen und Sportstudios ist für die Betreiber und für die Bürger absolut nicht nachvollziehbar.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und ganz genau in diesem Zusammenhang klingt Ihre Erklärung, wir wären bislang gut durch die Corona-Krise gekommen, wie blanker Hohn. Mit Blick auf die Infektionszahlen mag das ja sein. Richtet man den Blick jedoch auf die Menschen, auf deren Schicksale, auf deren Lebenswerke, die teilweise durch Ihre Politik zerstört werden zu drohen, sind Ihre Worte und auch der später zu debattierende Antrag Euphemismus par excellence.

Sie berichteten vorhin in Ihrer Erklärung, dass Sie mit Mitarbeitern der Uniklinik Rostock sprachen, Frau Ministerpräsidentin, doch von Gesprächen und Geklatsche um 18.00 Uhr auf Balkonen können unsere Pflegekräfte keine Familien ernähren. Stattdessen macht der Bund mal eben 1,1 Milliarden Euro locker für den Kampf gegen rechts und diese Landesregierung installiert einen Schatzenhaushalt von 2,8 Milliarden mit den Stimmen von den LINKEN. Unfassbar!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arpe, fraktionslos)

Und statt hier eigene und angemessene Regeln zu treffen, statt differenziert zu bewerten und mit Augenmaß zu handeln, machen Sie die Hälfte aller Unternehmen in unserem Land oftmals völlig ohne Not zu Bittstellern, um dann zu hoffen, dass die versprochenen Hilfen schnell ausgezahlt werden können. Ja, damit verlangen Sie den Menschen viel ab, zu viel!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wenn Hygienekonzepte in Schulen nach Ihrer Meinung gut und wirksam sind, was ist dann mit den Maßnahmen

von Hotels, Gaststätten, Sportstudios und Theatern? Hier wurde in den letzten Monaten viel investiert, viel kontrolliert und jetzt wieder geschlossen. Frau Ministerpräsidentin, das ist schlicht nicht nachvollziehbar!

Wir setzen hier auf Freiheit statt Zwang. Wir glauben daran, dass sich die Bürger in Ausübung ihrer Freiheit an ihre Regeln halten, wenn sie maß- und sinnvoll sind.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Hier braucht es schnell Hilfe durch couragierte Entschlüsse zur begrenzten Öffnung, wie sie auch richtigerweise gegenüber dem Einzelhandel getroffen wurden. „Freiheit statt Zwang“, das sollte das Leitmotiv sein, an dem wir uns orientieren und mit den Menschen in unserem Land durch diese herausfordernden Zeiten nach vorn schauen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine Damen und Herren, dafür braucht es allerdings aus unserer Sicht einen Strategiewechsel. Darüber werden wir im Anschluss ja noch ausführlicher debattieren, deshalb an dieser Stelle nur eine kurze Skizzierung. Wir müssen davon wegkommen, uns immer wieder reflexartig im Lockdown einzuigeln. Die Folgen dieser wiederholten Maßnahmen sind schon jetzt sichtbar und spürbar und sie nehmen zu. Der angerichtete Schaden ist schon jetzt nachhaltig. Wir sind hierbei zum Beispiel eng an den Vorschlägen der Gruppe aus Wissenschaftlern und Ärzten um die Professoren Streeck und Schmidt-Chanasit, die einen neuen Ansatz in vier Punkten empfehlen:

Erstens brauchen wir eine Bewertung des aktuellen Pandemiegeschehens anhand eines Ampelsystems, welches auf der Basis relevanter Indikatoren rechtzeitig kurzfristig Auskunft gibt über die Gefährdungslage von Risikogruppen und eine drohende Überlastung des Gesundheitswesens. Der Corona-Radar des Landkreises Vorpommern-Greifswald könnte dafür als Vorbild fungieren.

Zweitens müssen wir auf die Eigenverantwortung anstelle von Bevormundung setzen. So können wir mutig und vorsichtig zugleich bleiben und die Menschen mitnehmen, ohne sie zu überfordern. Sie haben es gerade selbst gesagt, unser Verhalten jetzt und heute ist maßgeblich dafür, wie es ab Januar weitergehen kann. Das ist genau das, was meine Fraktion schon seit geraumer Zeit fordert: Freiheit statt Zwang!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Drittens sollten wir die Maßnahmen zunächst auf den Schutz besonders gefährdeter Gruppen konzentrieren, statt weiterhin ganze Bevölkerungsgruppen gegen ihren Willen zu isolieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und schlussendlich, viertens, sollten wir dringend die vorhandenen Hygienekonzepte evaluieren und ihre Weiterentwicklung fördern. So lassen sich mit wissenschaftlicher Begleitung optimale Bedingungen entwickeln, unter denen dann soziale Begegnungen stattfinden könnten, wie kulturelle und politisch notwendige Veranstaltungen.

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, wenn wir die Bevölkerung mitnehmen wollen, müssen wir auf die Bereit-

schaft zur Mitarbeit und Kooperation setzen, aber, und ich zitiere abermals: „Sobald sich Verordnungen als widersprüchlich, unlogisch und damit für den Einzelnen als nicht nachvollziehbar darstellen oder von Gerichten außer Kraft gesetzt werden, entsteht ein Akzeptanz- und Glaubwürdigkeitsproblem. Wir könnten diejenigen verlieren, die wir dringend als Verbündete im Kampf gegen das Virus brauchen.“ Und darum nochmals: Freiheit statt Zwang! – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arpe, fraktionslos)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Fraktionsvorsitzende Herr Waldmüller.

Und gestatten Sie mir an dieser Stelle auch die herzlichen Glückwünsche an Herrn Waldmüller als frisch gewählten Fraktionsvorsitzenden sowie an Franz-Robert Liskow als Parlamentarischen Geschäftsführer. Auf gute Zusammenarbeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Herr Waldmüller, Sie haben das Wort.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Danke für die Glückwünsche, nehme ich gerne an!

Ich muss jetzt zunächst einmal auf den Herrn Kramer eingehen. Freiheit statt Zwang – welche tragende Worte Sie hier vortragen, was eigentlich nur verdecken soll, dass Sie einfach nur ignorieren. Sie ignorieren nach wie vor,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Sie ignorieren nach wie vor diesen Corona-Virus. Ihnen fehlt einfach die intellektuelle Bereitschaft, das zu erkennen, dass es nämlich eins ist, es ist ein tödlicher Virus für die Menschen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zurufe von Horst Förster, AfD, und
Jens-Holger Schneider, AfD)

Und Ihnen, ich glaube, Ihnen, Herr Kramer, oder den Herren der AfD, Ihnen geht es doch ausschließlich, ausschließlich darum, das Regierungshandeln, die Maßnahmen zu diskreditieren, politisch Kapital zu schlagen,

(Horst Förster, AfD:
Ist das eine sachliche Kritik?)

um nichts anderes.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Mit eigenen Vorschlägen habe ich Sie nicht gehört.

(Beifall Thomas Krüger, SPD –
Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Gestern bei der Telefonkonferenz, wo jeder befragt worden ist, auch Sie, Herr Kramer, welche Vorschläge Sie denn noch hätten für diese Landtagssitzung, nichts, null, kein Wort dazu, kein Wort dazu.

(Horst Förster, AfD: Wir sind hier im
Parlament und nicht in der Telefonkonferenz.)

Und hier machen Sie den großen Max und machen hier den Versteher. Sie können sich auch gerne mit den veganen Köchen oder verirrtten Schlagermusikern gemeinsam machen, das ist in Ihrem Sinne, aber da, wo Sie was tun konnten, in der letzten Landtagssitzung, als wir hier einen Beschluss alle zusammen gefasst haben für die Gaststätten und DEHOGA-Gewerbe, für die Betroffenen fünf Prozent aus dem Land mehr aufzustellen, da haben Sie sich in die Büsche geschlagen und sind davongelaufen und haben dagegengestimmt. Also da hätten Sie was tun können in dem Sinne.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Ihre Sprüche, Ihre Sprüche können Sie sich sparen, sie sind allzu durchsichtig.

Meine Damen und Herren, bevor ich, bevor ich hier auf die Regierungserklärung eingehen möchte, möchte ich ein paar Dinge noch im Vorfeld, ist mir ein Bedürfnis das festzustellen, weil wir sind heute in der Sondersitzung, und diese Sondersitzung ist an sich schon ein Gewinn, weil ja das bisherige Verfahren ist, dass man im Bund, die Regierungschefs mit Berlin zusammen, eine Linie eben verabschiedet. Das ist aber auch gut, dass man deutschlandweit eine Linie verabschiedet, das ist überhaupt keine Frage, weil in der Vergangenheit oder ganz zu Anfang hat es ja immer daran gekrankt, dass länderindividuell entschieden worden ist und so ein Wirrwarr von Verordnungen über die Länder eben war. Deswegen ist es gut und wichtig, dass im Bund sich vereinbart wird, aber es ist eben dann, es wird eben dann in Verordnungen gegossen und dann haben wir die als Abgeordnete hier.

Und damit möchte ich sagen, dass die Sache der Exekutive ist, dass es Sache der Exekutive ist, will ich dabei gar nicht problematisieren, ganz im Gegenteil, ich bin ein Verfechter, ein ganz klarer Freund und Verfechter von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Das ist überhaupt gar keine Frage, die Regierung ist zum Erlassen von Verordnungen auf gesetzlichem Weg ermächtigt, und daran will ich auch oder wollen wir auch niemals was ändern oder daran rütteln.

Der Punkt ist vielmehr, dass mit den Verordnungen zum Infektionsschutzgesetz nun schon seit längerer Zeit, seit über einem halben Jahr das gesamte öffentliche Leben in Deutschland natürlich geregelt wird. Und ich glaube, damals, als Corona noch niemand kannte, diesen Umstand, dass die Mütter und Väter des Bundesinfektionsschutzgesetzes ganz sicher das so nicht gewollt haben, als sie das Gesetz eben beschlossen haben. Deswegen ist es auch absolut richtig, dass der Deutsche Bundestag das Bundesinfektionsschutzgesetz kürzlich noch mal angefasst hat und an Corona angepasst hat. Ich selbst habe ja, das wissen Sie, vor einigen Wochen ein Corona-Gesetz ins Gespräch gebracht. Letztlich ist mit dem, was der Bundestag beschlossen hat, diesem Ansinnen schon zu einem guten Teil Genüge getan worden.

Und trotzdem braucht es wahrscheinlich noch eine darüber hinausgehende parlamentarische Selbstermächtigung. Der Rechtsausschuss des Landes bei uns, das haben wir, befasst sich ja auf Antrag unserer Fraktion mit dieser Angelegenheit und ich halte es auch für zielführend, dass hier der Rechtsausschuss das richtige Gremium ist, wenn man der Frage nachgehen will, welche Rolle das Parlament eben spielen soll. Und der heutige, das kommt nachher noch, der heutige gemeinschaftlich getragene Antrag nimmt einen Teil der Diskussion für die Zukunft ja sicherlich vorweg, weil er gewissermaßen im Kooperationswege institutionalisiert. Dennoch ist es natürlich nicht das Gleiche wie Mitbestimmung des Parlamentes. Natürlich sind wir eingebunden in das Regierungshandeln, in dieses Stellen der Verordnungen, aber wenn man rein auf das Parlamentsrecht geht, ist da eben noch ein Stück weit, was man verbessern kann.

Bodo Ramelow, Frau Oldenburg, hat sich vor ein paar Wochen darüber beschwert, dass der Thüringische Landesregierung doch nicht der nachgeordnete Bürge des Kanzleramtes sei. Damit hat er recht und das ist Mecklenburg-Vorpommern selbstverständlich auch nicht. Und damit kein falscher Eindruck entsteht, es spielt übrigens auch gar keine Rolle, ob ich das, was im Kanzleramt oder in der Staatskanzlei entschieden wird, für richtig oder falsch halte, um das geht es gar nicht, sondern ich bin offen gestanden nur sehr ungern bereit, das Krisenmanagement der Bundesregierung lediglich vom Ergebnis her zu bewerten.

Und deswegen gibt es eben einen Zielkonflikt, den wir auch hoffentlich in dem Rechtsausschuss auflösen werden. Es gibt einen Zielkonflikt und einen Optimierungsbedarf, zum einen zwischen dem Parlamentsvorbehalt, zwischen zwingendem Parlamentsvorbehalt und natürlich zwischen der Praktikabilität der Umsetzung im Parlament mit der Beteiligung. Da gibt es einen Zielkonflikt, den muss man auflösen und versuchen aufzulösen. Ich bin ganz gespannt, was der Rechtsausschuss dort für Vorschläge machen wird.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, es ist mir wichtig, das im Vorfeld gesagt zu haben. Ich möchte jetzt auf das aktuelle Pandemiegeschehen eingehen und auf das, worauf sich Bund und Länder eben vereinbart haben. Erst einmal stelle ich fest, was auch die Ministerpräsidentin gesagt hat, dass wir vor vier Wochen diese Maßnahmen getroffen haben. Der gewünschte Effekt, ist der gewünschte Effekt eingetreten, ja, nein? Ich würde es zweiteilig sehen: Ja, wir haben die, also die Welle, die ungehalten voranging, die ist gestoppt, das ist stagniert. Und auch, wenn das auf einem sehr hohen Niveau, was hier deutschlandweit ist, und dass das Infektionsgeschehen im Winter oder im Herbst natürlich höher ist als im Sommer, das dürfte auch keine große Überraschung sein, weil Infektionsgeschehen natürlich immer dann, wenn Menschen dann sich auch in Räumen aufhalten, wenn es kälter ist und wenn es, insbesondere bei geschlossenen Räumen ist es natürlich klar, dass die Ausbreitung des Virus dabei stark begünstigt wird.

Und solange wir auf diesem hohen Niveau stagnieren und wir kennen noch nicht diese eindeutige Tendenz der Inzidenz, weil wir waren ja schon, im Land waren wir wieder runter auf 48, sind weiter runtergegangen auf 40, sind dann wieder hochgegangen und von gestern auf

heute sind wir, wenn ich das jetzt noch richtig im Kopf habe, bei 47,1 Prozent, also wo wir schon unten waren. Also die Tendenz, wo es jetzt hingehet, ist nicht eindeutig vorhersehbar, und kann man nicht eindeutig sehen, so dass auch ein klares Handeln noch ein bisschen also insofern abgewartet werden muss, dass man, dass es, es wäre jetzt unverantwortlich und es wäre ein falsches Signal, wenn man jetzt weitreichende Änderungen beschließen würde.

Natürlich stelle ich fest, dass natürlich in anderen Bundesländern, Beispiel Schleswig-Holstein, die haben beispielsweise eins, die haben die Kosmetiksalons geöffnet, aber das, was Frau Schwesig gesagt hat, wenn wir mit unseren Maßnahmen dazu kommen, dass die Inzidenz weiter runtergeht, und das muss man sich zeitnah immer angucken, dann sind wir auch mit Sicherheit die Ersten, die dann weitere Öffnungen vornehmen können. Und das muss auch das Ziel sein bei dem ganzen Vorhaben, dass wir dazu kommen, dass wir schnellstmöglich wieder öffnen können.

Und ebenso wird es dann einer verbindlichen Antwort auf die Frage bedürfen, ob Menschen – das habe ich gerade heute in der Früh im Radio gehört –, ob die Menschen über Weihnachten ihre Verwandten besuchen, ob die im Hotel übernachten können nach der aktuellen Rechtslage, es handelt sich ja schließlich nicht um touristischen Aufenthalt, und ob eine solche Übernachtung zu unterbleiben hat, das muss man auch noch mal klären. Und gleichwohl ist die Prioritätensetzung der Regierung in Bund und Ländern im Kern richtig, und ich möchte das bestätigen: Schulen offen zu halten, ist im Blick auf die Generationengerechtigkeit der vollkommen richtige Ansatz. Richtig ist auch, Bereiche mit besonders hoher Wertschöpfung offen zu halten, damit diejenigen Bereiche finanziell unterstützt werden können, die coronabedingt geschlossen worden sind.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Sie wissen, das sind die Bereiche der Tourismusbranche, das sind die Gaststätten, touristische Angebote, Fitnessstudios sowie Kultur- und Freizeiteinrichtungen.

Meine Damen und Herren, wenn wir dann zu den Kontaktbeschränkungen kommen, da wird ja viel diskutiert, ist das jetzt zu viel, ist das zu wenig. Wir muten natürlich der Bevölkerung viel zu. Das ist unbestritten. Und es ist für jeden eine Einschränkung, gerade jetzt, wenn es auf Weihnachten zugeht. Deswegen ist es richtig, dass wir im Land Mecklenburg-Vorpommern gerade für die Weihnachtszeit und Silvesterzeit eben die Kontaktbeschränkungen dann bei zehn Personen festlegen werden. Aber warum ist es trotzdem sinnvoll, diesen Weg zu gehen? Würden – ich habe das vorhin schon gesagt –, würden wir zu früh öffnen, wäre der ganze Weg, den wir vorher gegangen sind, umsonst.

Da schütteln Sie mit dem Kopf als Ignorant.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Das ist ganz klar, aber Fakt ist, wenn wir zu früh diesen Weg öffnen, wir haben eine ungehinderte Infektionswelle gehabt und jetzt haben wir eine Stagnation, wenn wir jetzt wieder so tun, als wenn dies schon reichen würde, dann würden wir doch genau das riskieren, was wir im

Vorfeld gemacht haben. Und deswegen ist es gut, weiter die Linie zu halten, Kontaktbeschränkungen zu machen, aber mit dem Ziel, schnellstmöglich öffnen zu können. Das muss das Ziel sein, was uns alle hier antreibt. Und ich hatte schon gesagt, die Inzidenzen sind wechselhaft, die Kontaktbeschränkungen haben wir deswegen gemacht, um eben diese Welle, die ungehinderte Welle eben, die Ansteckung zu vermeiden.

Und da will ich noch einmal daran erinnern, was Torsten Renz in der letzten Woche oder im letzten Landtag gesagt hat. Und es ist immer wieder wichtig, auch für das Verständnis der Bevölkerung, das immer wieder zu erklären. Und wenn Sie sich mal angucken, was die Virologen in der Uni in Greifswald gemacht haben mit ihren Prognosen, wenn Sie die angucken, wenn man also nichts tut, wie die Prognosen dann bei der Infektion, wozu das führen würde. Und das sind Biomathematiker, Biomathematiker, die machen einfach Prognosen mit gewissen Annahmen. Und wenn Sie das mal verfolgt haben, wie die Prognosen zusammenstimmen mit dem tatsächlichen Geschehen, dann werden Sie feststellen, dass es nahezu punktgenau landet. Jetzt im Moment sind wir im Land schlechter als die Prognose. Und insofern, glaube ich, ist das ganz, ganz wichtig, weil wenn wir ungehindert weiter in diese Ansteckung reingehen, dann haben wir eben nicht die Möglichkeit, dass die Nachverfolgung beherrschbar ist, dann haben wir nicht die Möglichkeit, dass es kontrollierbar ist, und dann würden wir riskieren, dass wir ungehindert dorthin kommen, wo wir nicht hinkommen wollen, dass wir möglicherweise Intensivbetten im Land Mecklenburg-Vorpommern überfordern.

Jetzt können Sie natürlich gleich wieder sagen, ja, Moment einmal, wir sind ja nur bei 50 Betten – Intensivbetten – von wie viel auch immer. Aber warum sind wir denn da? Weil wir diese Maßnahmen eingeführt haben. Weil wir diese Maßnahmen eingeführt haben, haben wir ein kontrolliertes Geschehen. Und das ist genau das, was wir brauchen. Wir können niemandem erklären, unkontrolliert hier irgendetwas laufen zu lassen und hinterher die Scherben dann zusammenzukehren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und diesen Zusammenhang, glaube ich, das muss man uns selbst mit auf den Weg geben, dies müssen wir immer wieder erklären, weil es ist wichtig für die Nachvollziehbarkeit der Bevölkerung, dass man weiß, warum tut die Regierung, warum macht man diese Einschränkungen, die jeden Einzelnen betreffen. So leid es mir tut, aber ich glaube schon, dass das der richtige Weg ist, um möglichst schnell auch in ein normales Leben zurückzukommen.

Meine Damen und Herren, oben sitzt der Präsident der DEHOGA, der Herr Schwarz. Und da habe ich, glaube ich, in der Frühe in der Presse gelesen, na ja, er ist ein bisschen unzufrieden, weil die Planbarkeit für die Tourismusbranche und für die DEHOGA eben doch nicht gegeben ist. Er wird aber dann mit Sicherheit erfreut sein, wenn der nächste Antrag kommt, weil da haben wir in den Punkt 10 extra mit aufgenommen, da haben wir das mit aufgenommen, dass es für uns ganz wichtig ist, dass wir ein Öffnungs- und Handlungsszenario, ein verlässliches, planbares Öffnungs- und Handlungsszenario genau für die Tourismusbranche dann einrichten und im Gespräch mit der DEHOGA und mit den Tourismusleuten

dann eben dieses Öffnungs- und Handlungsszenario auf den Weg bringen, damit eben diese Verlässlichkeit dann da ist. Also das ist sehr wohl im Fokus bei uns.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Meine Damen und Herren, wir hoffen, dass diese auch von mir als bleiern empfundene Zeit bald ein Ende hat. Dazu wird der Impfstoff ebenso beitragen wie die Disziplin der Menschen, die den Kurs der Regierung bislang vorbildlich mittragen. Etwa drei Viertel der Menschen stehen zum Kurs der Regierung und haben auch verinnerlicht, dass die getroffenen Maßnahmen keine nutzlose Schikane sind, sondern Leben retten. Und ich halte es deswegen auch für verschmerzbar, dass es ein paar Menschen gibt, die Impfungen für schädlich, im besten Falle für unwirksam halten und die glauben, dass das Virus einfach verschwindet, wenn man es dann weiter tapfer ignoriert. Und insofern, meine Damen und Herren, hatte ich schon gesagt, Ignoranz ist tödlich.

Und ich möchte schließen mit einem Appell. Und dieser Appell geht an die Bevölkerung, an uns alle, immer mit Augenmaß, und die Bitte an die Bevölkerung: Halten Sie durch! Ich glaube, wir machen das sehr verantwortungsvoll, was hier im Land passiert. Die Bereitschaft, weiter mitzumachen, die brauchen wir. Das ist entscheidend dafür, damit diese Auswirkungen auch in den Griff zu bekommen sind. Die Auswirkungen selbst für die Wirtschaft, da hat der Bund geliefert, da hat das Land geliefert, da wird entschädigt, das wird abgeschwächt. Und das Ganze – ich wiederhole das jetzt, glaube ich, zum dritten Mal – und das Durchhalten, das dient dazu, um eben, Frau Schwesig hatte das gesagt, da ist der Impfstoff auch in Sichtweite sozusagen, es ist Licht am Ende des Tunnels. Das heißt, jetzt muss man auch bis zum Schluss gehen. Ich glaube, das ist der richtige Weg. Sie sagten, es ist Licht am Ende des Tunnels, ich sage Ihnen zum Schluss: Diesen Marathon werden wir gewinnen. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

An dieser Stelle begrüße ich, damit es denn kein anderer tun muss, auf der Besuchertribüne für die DEHOGA Herrn Schwarz. Seien Sie von allen Abgeordneten des Landtages begrüßt!

Ich rufe jetzt auf für die Fraktion DIE LINKE die Fraktionsvorsitzende Frau Oldenburg.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie lange noch? Wie lange müssen wir noch so gravierende Einschnitte und auch Entbehrungen auf uns nehmen und sie auch aushalten? Wie lange wird sich dieses Virus noch durch unser Leben fressen? Wie oft werden wir hier im Parlament noch über diese Pandemie reden und wie oft werden wir den Lockdown noch beklagen und gleichzeitig die getroffenen Maßnahmen beschwören und verteidigen? Wie lange sollen wir noch erklären, dass nur mit Verboten und Untersagungen das Leben wieder ein besseres wird?

Im März waren wir alle der Meinung, dass wir auf Ostern und auf die Familientreffen zu Pfingsten verzichten müs-

sen, damit wir Weihnachten in gewohnter und in lieb-gewonnener Weise feiern können. Auch der Bundesgesundheitsminister sagte im März dieses Jahres, ich zitierere: „Die Frage, wie wir diesen Krisenmodus wieder verlassen, wird jeden Tag wichtiger. Bis spätestens Ostern will ich darauf eine gute Antwort geben können.“ Ende des Zitats. Aber Besserungen im Zusammenleben, im täglichen Miteinander sind nicht in Sicht, weil sich eben das Infektionsgeschehen zwar verlangsamt, aber es nicht wie erwartet gestoppt wird. In weiter Ferne ist ein Alltag, dessen Ablauf wir bestimmen und nicht die Pandemie. Wann ist unser Alltag endlich wieder lebenswerter, statt hin und wieder lebensgefährlich?

Positives kann ich diesen Einschnitten nicht abgewinnen. Natürlich wissen wir, dass sie notwendig sind, um durch die Krise zu kommen. Wir akzeptieren sie auch, solange sie notwendig, nachvollziehbar und verständlich sind. Aber, Herr Kramer, was Sie sagen, Freiheit statt Zwang, Ihre Freiheit endet dort, wo Sie die Freiheit und die Gesundheit anderer gefährden. Und das,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Wolfgang Waldmüller, CDU)

das ist Ihnen überhaupt nicht bewusst. Wie wäre es denn einfach mal mit selber denken, statt querdenken?! Das wäre für Ihre Fraktion angebracht. Dann würden Sie sicherlich auch nicht hier immer so viel Nichtintelligentes von sich geben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich kann und will mich damit einfach nicht anfreunden, dass Kinder nicht mit ihren Freunden spielen dürfen, dass Männer nicht zu ihren Frauen und zu den neugeborenen Kindern ins Krankenhaus dürfen, dass man seine Verwandten nicht besuchen darf. Es ist nicht gut, wenn eine Familie keine Familie sein kann, wenn man Freunde hat, aber die nicht treffen darf, wenn man sich auf Besuch freut, der aber nicht kommen darf. Wenn man Nähe sucht, aber Abstand halten muss, dann ist man einsam. Und diese Einsamkeit macht gerade den Schwachen und Schwächsten unserer Gesellschaft zu schaffen, nämlich den Älteren, den Kranken und auch den Kindern.

Der erste und auch der zweite Lockdown waren und sind hauptsächlich soziale Lockdowns. Und deshalb kann ich auch nicht von einem „weichen Lockdown“ oder von einem „Teil-Lockdown“ sprechen, weil dieser Lockdown nämlich zu größten Schäden und Verletzungen führt, weil nämlich die Seelen Schaden nehmen. Keine Kinderseele kann es unbeschadet überstehen, wenn weder Freunde noch Oma und Opa zu Besuch kommen dürfen. Auf ihre kleinen Schultern wird die größte Last geladen. Sie können nicht widersprechen, weil sie eben nicht verstehen können. Kein Kind verfügt über den Verstand eines Erwachsenen, und selbst der hat lediglich Einsicht in die Maßnahmen, oft aber noch kein Verständnis. Und wenn in der „Ostsee-Zeitung“ in der vergangenen Woche ein fünfjähriges Mädchen über ihren Alltag in der Pandemie mit den Worten „Ich brauche niemanden zum Spielen. Ich hab' mich an die Einsamkeit gewöhnt.“ wiedergegeben wird, dann zeigt es diese angekratzte Seele.

In Mecklenburg-Vorpommern sind die Kindheit und Jugend von circa einer halben Million unter 18-Jährigen

gelinde gesagt freud- und freundlos. Es kann also nichts Wichtigeres geben, als für diese Kinder und Jugendlichen endlich Änderungen, und zwar Verbesserungen, zu erwirken, statt sie weiter zu überfordern oder sich sogar eine Einfreundregelung auszudenken. Wer so etwas tut, der hat wahrscheinlich nicht mal den einen Freund.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Kindergeburtstage, die nicht gefeiert werden dürfen, Schulabschlüsse, die ohne Familie überreicht werden, Einschulungen, Konfirmationen und Jugendweihen, die zwar nach langem Hin und Her stattfinden, aber nicht so richtig gefeiert werden, das alles muss so schnell wie möglich aus unserem Leben verschwinden, das darf niemals zur Normalität werden.

Eine Erstklässlerin antwortet auf die Frage, was sie denn glaube, wie lange es schon Corona gebe, 1.000 Jahre. Für sie wird nicht das Unbeschwertere Normalität, sondern Corona. Es gibt nur eine Kindheit. Es gibt nur eine Einschulung. Es gibt nur einen sechsten Geburtstag. Bei uns ist es egal, ob wir 37, 47 oder 57 werden, aber für ein Kind sind alle Erlebnisse einmalig. Und deshalb müssen alle Einschränkungen, die das Kinderleben betreffen, als Erstes beendet werden. Ihre Entbehrenungen müssen die ersten sein, die wieder abgeschafft werden, bevor wir über verkaufsoffene Sonntage und Kneipenbesuche reden.

Um den Schwachen aus dieser Krise zu helfen, kann es in den kommenden Wochen nur dann einige Lockerungen geben, wenn der Inzidenzwert unter 35 sinkt. Alles andere ist Augenwischerei. Übereilte Öffnungen werden wir alle, vor allem aber die Kinder und die Älteren, teuer bezahlen müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Kinder tragen die größte Last, weil sie eben keine Möglichkeit haben, darüber zu diskutieren. Sie haben keine Lobby, die ihnen diese Last nimmt, sondern sie wird ihnen aufgebürdet, weil sie nicht aufbegehren können. Das muss sich ändern. Den Kindern und Jugendlichen muss ein viel, viel größerer Schutz gewährt werden. Wir haben Wirtschaftsgipfel, Kommunalgipfel, Tourismusbipfel, aber wir haben keinen Kindergipfel, keinen Bildungsgipfel und keinen Familiengipfel.

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, berufen Sie mit uns gemeinsam einen Kindergipfel ein, in dem es ausschließlich um die Ängste, Sorgen, aber auch Wünsche und Hoffnungen dieser Kinder und Jugendlichen geht! Lassen Sie uns nicht weiter darüber berichten, wie es ihnen geht, worunter sie leiden und womit sie gut leben können! Lassen wir sie selbst zu Wort kommen, lassen wir sie ihr Leben auch in dieser schwierigen Zeit mitgestalten, damit sie verstehen und verstanden werden!

Und bei diesem Gipfel muss es natürlich auch um die zentrale Frage der Schule in Corona-Zeiten gehen, denn wir wissen, auch schon ohne Pandemie ist sie beständig in der Krise, aber was jetzt geschieht, ist weder hinnehmbar noch zu dulden. Niemals wieder dürfen Schulen, Kitas und Horte komplett geschlossen werden, denn Schulschließungen bedeuten auch Ausgrenzungen und das Verhindern dringend notwendiger sozialer Kontakte.

In den Monaten des Bildungslockdowns haben die Schülerinnen und Schüler ein Drittel des Lernstoffs verpasst

und bis heute ist dieser nicht in Ansätzen nachgeholt worden. Warum kann er noch nicht nachgeholt worden sein? Ein Beispiel aus dem Raum Grevesmühlen verdeutlicht das. Alle Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrkräfte der Grundschule „Fritz Reuter“ sind seit dem 13. November in Quarantäne gewesen, zum Unterricht durften sie wieder am 25. November. Von der Quarantäne betroffen sind auch Schüler der Grundschule am Plogensee, die den Hort besuchen. Die Siebt- und Achtklässler der Regionalen Schule „Am Wasserturm“ waren seit dem 10. November in Quarantäne, sie durften Anfang dieser Woche wieder zum Unterricht. Am Gymnasium am Tannenbergrind sind nur noch die Zwölfklässler in der Schule, die Zehntklässler sind seit dem 11. November, die Siebtklässler seit dem 12. November, die Acht-, Neunt- und Elfklässler seit dem 13. November zu Hause. Jede, wirklich jede Schule in Grevesmühlen ist geschlossen oder zumindest weite Teile von ihr.

Und wenn ich dann die Bundbildungsministerin höre – also, wenn man mal was von ihr hört –, dann muss ich einfach feststellen, dass sie die Vorbereitung auf die zweite Welle aber auch wirklich komplett verpennt hat und wohl wirklich gedacht hat, dass sie das alles hier nichts angeht, Frau Karliczek, die von sich selbst behauptet, dass sie von Bildung keine Ahnung hat, wenn sie auf dem CDU-Parteitag als designierte Bildungsministerin sagt, ich zitiere: „Da ich in diesem Bereich ... wenig Kenntnisse von innen habe, kann ich vielleicht die richtigen Fragen stellen. ..., bis ich ein gutes Gefühl habe, wie der Hase so läuft.“ Ende des Zitats. Wenn ich so etwas höre, dann weiß ich, dass es nicht die Schülerinnen und Schüler sind, die nach Hause gehören.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Heiterkeit bei Minister Harry Glawe)

Es sind nämlich genau drei Dinge, die die Kinder und Jugendlichen brauchen: erstens Präsenzunterricht, zweitens Präsenzunterricht und drittens Präsenzunterricht. Fehlender Kontakt der Schülerinnen und Schüler mit den Lehrkräften ist fehlende Bildung, deshalb brauchen wir einen ernst zu nehmenden und funktionierenden Plan. Und das kann nicht der Vorschlag sein, die Klassen zu halbieren, weil wir eben nicht die doppelte Anzahl von Räumen haben und auch nicht die doppelte Anzahl von Lehrkräften. Ein Abstand von 1,5 Metern im Bus kann es auch nicht sein, weil wir auch hier nicht die doppelte Anzahl von Bussen und ihren Fahrern haben. So etwas kann sich wirklich nur jemand ausdenken, der nicht genau Fragen gestellt hat

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

und eben immer noch nicht weiß, wo der Hase da so langläuft.

Wir können in Mecklenburg-Vorpommern auch nicht mit zeitversetztem Unterricht beginnen, weil das nur, wenn überhaupt, in Rostock und in Schwerin möglich ist. Aber im gesamten ländlichen Raum ist dies schlicht nicht realisierbar. Wir brauchen bei den Schülerinnen und Schülern wesentlich mehr Testungen, statt alle sofort für 10 oder 14 Tage in Quarantäne zu schicken. Wir brauchen bei den Lehrkräften regelmäßige Tests, statt sie ins Homeschooling zu verbannen. Und wir wissen, dass die Infektionen gerade durch Erwachsene und durch Jugendliche erfolgen, und da können wir uns nicht mehr fragen, ob wir sie testen, sondern wir müssen sie testen. Und

dass das unsere neue Strategie vorsieht, das begrüßt meine Fraktion ausdrücklich.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Schwachen und Schwächsten sind die absoluten Verlierer dieser Krise. Dazu gehören auch die Älteren, die Kranken und die Pflegebedürftigen. Wenn man nicht mehr in seinem häuslichen Umfeld leben kann, ist das schon Entbehrung und Einschränkung genug. Weg aus der Wohnung, hinein in ein Krankenhaus oder in ein Heim, das ist einer der größten Einschnitte des Lebens, und wir alle wissen aus der eigenen Familie, dass jeder, ob direkt Betroffener oder indirekt Betroffener, darunter in den meisten Fällen sehr zu leiden hat. Wenn nun aber noch hinzukommt, dass die Spielenachmittage, die Spaziergänge oder der Besuch wegfallen, da kann man sich halbwegs die Situation vorstellen, in der sich die Kranken oder die Älteren befinden, und der Begriff „Heimweh“ bekommt dann auch eine ganz andere Bedeutung. Wenn ältere Menschen sagen, lieber an Corona als an Einsamkeit sterben, dann wissen wir, dass wir es unter allen Umständen vermeiden müssen, dass Tagespflegeeinrichtungen oder Alten- und Pflegeheime wieder abgeschottet werden, denn Einsamkeit ist das, was krank macht und was verletzlich macht. Und mit der Einsamkeit ist man alleine. Es gibt niemanden, der einen da rausholt, weil ja genau das verboten ist, denjenigen zu treffen, der aus der Einsamkeit eine Zweisamkeit oder auch eine Familie machen kann.

Und darum muss alles getan werden, um nicht nur Corona zu bezwingen, sondern eben auch das ungewollte Alleinsein. Und deswegen ist es so wichtig, dass wir als die gesunden, jüngeren Menschen auf alles verzichten, auf das wir verzichten können, damit wir eben die Schwachen und die Schwächsten in dieser Gesellschaft noch mehr schützen können.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Sehr geehrte Damen und Herren, fehlende soziale Kontakte spiegeln sich auch in einer Kunst- und Kulturlandschaft wider, die derzeit brachliegt. Wir müssen damit aufhören zu glauben, Kunst, Theater, Museen, Galerien und Konzerte sind etwas Notgedrungenes, etwas Zusätzliches. Nein, sie gehören zum Alltag. Eine Reduzierung des Lebens auf Arbeit, Kirche und Wirtschaft darf nicht alles sein. Kunst und Kultur ist kein Halligalli, es ist kein Zusatzkonzert, das man als Erstes streichen kann. Kunst und Kultur ist auch Bildung, ist Kommunikation, ist Anregung und Austausch, ist Ausgleich und Kreativität. Kunst und Kultur brauchen wir zum Leben und hier müssen, sobald es zu vertreten ist, Öffnungen her. Theater und Museen haben hervorragende Hygienepläne. Wenn diese umgesetzt werden, ist hier alles sicher und mit Abstand weniger gefährlich als an einem Samstagnachmittag in einem Möbelhaus.

Warum wurde denn das Theaterstreichkonzept der Landesregierung in unserem Bundesland richtigerweise zurückgenommen? Warum ist die Kunst und Kultur nach jahrelangem Hickhack eben nicht kaputtgespart worden? Weil die Regierung erkannt hat, welche bedeutende Rolle unsere Theater und Orchester spielen. Und wenn Sie sie weiterhin so behandeln, als wären sie überflüssig und leicht zu entbehren, dann wird es in unserem Land eben ein gewaltiges Stück ärmer, stiller und einsamer. Und deswegen ist die Regelung in der neuen Verordnung, dass zuerst bei Kunst und Kultur geöffnet werden

muss, wenn es möglich ist, eine so, so richtige Forderung und ein so richtiges Herangehen. Denn bevor wir darüber reden, ob 5.000 oder 7.500 Zuschauer wieder beim Fußball im Stadion zucken können, müssen wir darüber entscheiden, ob 50 oder 75 Zuschauer ins Theater oder zum Konzert gehen können.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir so schnell wie möglich unser gewohntes Leben zurückhaben möchten, dann dürfen wir keine Experimente wagen oder zulassen. Wer zu spät regelt, wer zögert und hadert, wer jetzt nicht entscheidet, wird künftig der Lage nicht mehr Herr, dann waren alle Restriktionen und Einschränkungen seit März umsonst. Wer auf den letzten Metern vor dem Impfstoff mit dem Feuer spielt, setzt alles Erreichte aufs Spiel. Noch sind wir auf dem richtigen Weg, aber wir sind nicht am Ziel. Und darum dürfen auch nach Auffassung meiner Fraktion zum Weihnachtsfest keine rauschenden Partys stattfinden, sondern sollten wir uns auf die Treffen mit der Kernfamilie oder eben den zehn Personen beschränken. Deshalb müssen auch offizielle Silvesterfeiern und Feuerwerke unbedingt vermieden werden. Was ist eine Silvesternacht gegen ein neues Jahr, in dem wir unser gewohntes und liebgewonnenes Leben zurückbekommen könnten? Auf die Silvesternacht können wir verzichten, auf ein gesundes neues Jahr nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Manfred Dachner, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende!

Das Wort hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Herr Arppe.

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Die Regierungspolitik zum Thema Corona erinnert so ein bisschen an einen Supertanker, der ungerührt seines Weges zieht da auf dem Ozean, unwillens und vielleicht auch unfähig, den Kurs zu ändern, was aus meiner Sicht nötig wäre, denn es sind ja immer mehr Fachleute, Ärzte, Mediziner, Wissenschaftler, die die gegenwärtig betriebene Corona-Politik, vor allen Dingen auch diesen Lockdown, kritisieren, als sinnlos und unnötig darstellen. Wo wir dann zu der Frage kommen: Was sollen diese ganzen Opfer, was sollen Tausende ruinierte Existenzen, was sollen Tausende insolvente gastronomische Einrichtungen, Hotels und so weiter für etwas, was am Ende das gewünschte Ziel überhaupt nicht erreicht?

Das hängt auch damit zusammen, dass meiner, nicht nur meiner Auffassung nach hier völlig falsche Zahlen immer herangezogen werden für die Begründung dieser ganzen Maßnahmen, nämlich das Infektionsgeschehen. Dabei war jetzt unlängst auch im „Deutschen Ärzteblatt“ zu lesen, dass es eigentlich auf ganz andere Sachen ankommt, was die Zahl der benötigten Intensivbetten in Deutschland betrifft zum Beispiel. So sind die Zahlen seit Monaten gleichbleibend bei etwas über 20.000, das ganze Jahr hindurch eigentlich schon. Das Sterberisiko eines 20- bis 39-jährigen Menschen, an Corona zu sterben, liegt bei 0,00019 Prozent, das Sterberisiko eines über 80-Jährigen, an Corona zu sterben, liegt bei 0,1222 Prozent.

Entsprechend schreibt dann auch das „Deutsche Ärzteblatt“: „Die Inzidenz der Todesfälle im Zusammenhang

mit COVID-19 geht im Wesentlichen parallel zur normalen Sterblichkeit in den jeweiligen Altersklassen.“ Es hat sich auch statistisch gesehen – seit 2015 sind die Sterbefälle gleichbleibend mit und ohne Corona –, da hat sich überhaupt gar nichts geändert. Es gibt also überhaupt keine Rechtfertigung – von den wirklich wesentlichen und auch zählenden Fakten her – für die Einschränkungen der Grundrechte und eine nachhaltige Ruinierung der Wirtschaft.

Es wäre vielleicht sinnvoller, auf Länder zu schauen, die viel erfolgreicher der Corona-Problematik Herr geworden sind, als da wären zum Beispiel Neuseeland, Australien oder auch Südkorea, die keinen Lockdown haben, weil sie rechtzeitig eine konsequente digitale Kontaktverfolgung betrieben haben, Grenzschließung und eine Fokussierung auf die Risikogruppen. Macht die Regierung so weiter wie bisher, dann werden wir noch jahrelang einen Lockdown haben und am Ende im Elend sitzen. – Danke!

(Beifall Horst Förster, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die einleitenden Worte des Vortrages vom Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion Herrn Waldmüller haben mich dazu bewegt, hier noch einmal ein paar Dinge loswerden zu müssen, die ich hier einfach so nicht stehenlassen kann.

Ja, ich habe gestern in der Telefonkonferenz mich sehr zurückgehalten, einfach aus den Gründen, weil ja sowieso klar ist, dass hier mit der Mehrheit der Stimmen der Regierungsfractionen Ihre Anträge durchgepeitscht werden,

(Heiterkeit und Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU)

und wir der Meinung sind, dass diese Debatte nicht in eine Telefonkonferenz gehört, Herr Waldmüller,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

sondern eben genau hier in diesen Raum. Und deswegen, genau deswegen habe ich mich sehr zurückgehalten. Das ist das Erste.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und Sie werfen uns, meiner Fraktion, Sie werfen mir vor, Herr Waldmüller, wir würden weglaufen, nur, weil wir Ihren Anträgen nicht folgen. Das ist doch hanebüchen! Das ist halt Ihre Auffassung von Demokratie: Sie befahlen oder die Regierung befiehlt und wir müssen Ihnen folgen, und wenn wir Ihnen nicht folgen, laufen wir weg. Das ist doch völlig irre. Wir haben unsere eigene Haltung.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Wir haben selbst unsere Anträge hier eingebracht, wir haben hier Konzepte vorgeschlagen, die sind abgelehnt worden. Und da könnte ich ja das im Grunde spiegeln

und sagen, Sie laufen vor Ihrer Verantwortung weg, verstecken sich hinter irgendwelchen Telefonkonferenzen von der Ministerpräsidentin und der Bundeskanzlerin. So sieht es doch nämlich aus. Sie haben also mit Ihren einleitenden Worten, Herr Waldmüller, hätte ich von Ihnen nicht erwartet, die Sachebene verlassen und sind auf die Personalebene gegangen, wie das halt so ein kleines bockiges Kind macht, wenn es nicht weiterweiß.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Das ist primitive Polemik und trägt überhaupt nicht zur Eindämmung des Pandemiegeschehens bei,

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

trägt überhaupt nicht dazu bei, den Menschen hier in unserem Land zu helfen, sondern schadet eher. Aber bitte, wenn das die Auffassung der CDU-Fraktion ist, dann sei das eben so! Der Wähler wird es irgendwann goutieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Jaja, das merken wir jetzt! Das merken wir jetzt! Die Quittung haben Sie doch gerade erst gekriegt, oder?!)

Frau Oldenburg hat hier auch Gefahren angesprochen, die meine Fraktion immer wieder auch anspricht. Insbesondere möchte ich hier abstellen auf die besonders Schutzbedürftigen und die Jüngsten, unsere Zukunft, unsere Kinder. Auch das haben wir immer wieder aufgeführt. Auch das haben wir immer wieder besprochen. Wir wollten immer wieder darüber diskutieren, keine Maskenpflicht für Kinder, keine Vereinsamung von Kindern. Aber offenbar hören Sie unseren Redebeiträgen nicht zu, offenbar lesen Sie unsere Anträge nicht,

(Andreas Butzki, SPD:
Weil die Kita keine Masken hat.)

offenbar befassen Sie sich nicht,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

offenbar befassen Sie sich nicht mit den Protokollen des Plenums,

(Andreas Butzki, SPD:
Ich fasse es nicht!)

so, wie wir das tun. Das finde ich schade. Und wir haben es ja immer wieder gebetsmühlenartig vorgetragen und vorgeschlagen.

Ich frage mich, Frau Oldenburg, um in Ihrem Duktus zu bleiben, was daran unintelligent sei, mehr Schutz für die Kinder zu fordern. Das waren Ihre Aussagen hier vor ein paar Minuten in diesem Plenum. Wo sind Ihre Vorschläge, Frau Oldenburg? Wo sind Ihre Lösungsansätze? Bis auf den Vorschlag des Verzichtes auf rauschende Silvesterfeiern war hier nichts zu vernehmen außer Allgemein-floskeln.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Aber Sie hören wohl wenig zu, ne?)

Setzen Sie sich doch einfach mal,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Seit März geschlafen.)

setzen Sie sich doch einfach mal,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Seit März im Tiefschlaf! – Zuruf von
Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Frau Oldenburg, mit dem Positionspapier von Professor Streeck und der Kassenärztlichen Vereinigung auseinander, und dann frage ich Sie, ob Sie das immer noch so unintelligent finden, was wir hier vortragen. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos –
Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ja, finde ich immer noch.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Dr. Jess.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Und die Ministerpräsidentin
hat sich mal wieder verabschiedet.)

Dr. Gunter Jess, AfD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute und Gäste! Ich möchte kurz noch mal an meine Rede erinnern, die ich im letzten Plenum schon gehalten hatte, und zwar hatte ich da versucht, das Ganze, den Umgang mit Corona, mit der Corona-Pandemie, anhand einer Diskussion zum Risikomanagement darzustellen, und ich muss mich wundern, leider, leider ist davon eigentlich wenig bei Ihnen angekommen. Und deshalb will ich gerne noch mal heute einige Positionen da wiederholen, weil nämlich genau das die Probleme sind.

Und zwar wird hier ständig über das Primärrisiko gesprochen, es wird aber nie darüber gesprochen oder nie verglichen mit dem sogenannten Sekundärrisiko, was nämlich durch die Maßnahmen gegen das Primärrisiko, die Corona-Pandemie, für ein Risiko erzeugt wird durch die Maßnahmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Meine Damen und Herren, jedes Risikomanagement muss beide Risiken in Betracht ziehen und muss beide Risiken bewerten und darf nicht nur immer auf die eine Seite schieben und alles andere außer Betracht lassen. Und das möchte ich, ich möchte da mal, oder besser gesagt, ich habe mich gefreut, dass junge Leute, Studenten, inzwischen genau diesen Gedanken aufgegriffen haben und versuchen, gesundheitsökonomisch zu analysieren, was wird denn eigentlich durch den Lockdown erreicht und welchen Schaden erzeugen wir dadurch und welchen Nutzen haben wir durch den Lockdown erreicht. Sie machen eine Nutzen-Kosten- oder Nutzen-Schaden-Analyse. Und Sie haben alle die Arbeit zugeschickt bekommen des Stralsunder Studenten und Sie wissen, dass das Ergebnis allein des ersten Lockdowns 30-fach zulasten des Schadens ausgegangen ist, das heißt, wenn man eine gesundheitsökonomische Betrachtung macht. Und gesundheitsökonomische Betrachtungen müssen alle machen, die im Gesundheitswesen tätig sind, und insbesondere die Krankenkassen. Und, meine Damen und Herren, das ist nichts Verwerfliches, etwas sozusagen finanziell,

(Thomas Krüger, SPD: Das kann man auch anders sehen.)

finanziell gegenüberzustellen.

(Thomas Krüger, SPD: Ein Leben mit Geld zu bewerten, kann man auch anders sehen, als Sie es gerade tun.)

Ja. Ja, genauso ist es, da wird nicht das Leben mit Geld bewertet, sondern da wird ein entsprechender Ansatz, der gesundheitsökonomisch überall verwendet wird, genutzt. Und, meine Damen und Herren, negieren Sie das nicht!

Und, Herr Waldmüller, Sie sind der Ignorant, wenn Sie nämlich solche Dinge ignorieren und behaupten, und nicht wir.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arppe, fraktionslos)

Das wäre das Erste.

Und Sie können doch nicht außer Acht lassen, dass laut ICD-10-Klassifikation es so ist, dass in Mecklenburg-Vorpommern in den letzten Jahren allein für die Gruppe der respiratorischen Erkrankungen regelmäßig um Tausend Tote jedes Jahr zu verzeichnen sind, jedes Jahr, respiratorische Erkrankungen. Das ist genau die Gruppe, in die auch Corona gehört. Und, meine Damen und Herren, wir haben in diesem Jahr – wie viele waren es inzwischen? – 27 oder so Tote, die wirklich in Verbindung mit Corona gesehen werden können.

Und, meine Damen und Herren, denken Sie an die Konsequenzen! Ja, welche Größenordnungen an Schäden verursachen wir, um praktisch diese Risiken, die wir mit Corona haben, zu bekämpfen?! Es ist so, dass das Restrisiko immer eine gewisse Rolle spielen wird. Wir werden das auch durch Impfung nicht beseitigen können. Restrisiken gehören zu einem Risiko und wir werden uns damit auseinandersetzen müssen, welches Restrisiko akzeptieren wir, bei jeder anderen Erkrankung auch, auch dort akzeptieren wir Restrisiken. Denken Sie an die ganzen Tumorerkrankungen! Wie viel Geld stecken wir denn da rein, um die Tumorerkrankungen zu bekämpfen? Es kann nicht grenzenlos sein. Also es ist immer eine Abwägung von Restrisiken.

Und dann, meine Damen und Herren, denken wir noch mal an die Risikoindikatoren. Es wurde heute schon angesprochen, die Infektionszahlen, genau das ist das, was auch die Gruppe um Professor Streeck kritisiert, der PCR-Test ist kein vernünftiger Risikoindikator. Es müssen auch die wirklich Kranken, die wirklich in den Krankenhäusern stationär aufgenommenen und die wirklichen Todeszahlen mit einberechnet werden in einen Risikoindikator. Das passiert derzeit überhaupt nicht. Wir haben eine PCR-getriebene Pandemie und die Risiken sind nicht adäquat dargestellt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und dann kommen wir zur Risikobewertung und zur Risikokommunikation. Die ist besonders katastrophal. Es wird nicht abgestellt auf die Erfolge, die wir erzielen, auf die geringen Krankenzahlen, auf die geringen Todeszahlen und so weiter und so fort, sondern es werden immer

der PCR-Test und die Zahl der Infektionszahlen hochgehalten. Meine Damen und Herren, das ist nicht das Entscheidende, entscheidend ist, wie viele sind wirklich schwer krank und wie viele genesen nicht, also wie viele sterben daran.

(Thomas Krüger, SPD: Das ist alles veröffentlicht.)

Das sind die entscheidenden Kriterien und daran müssen wir uns orientieren.

(Thomas Krüger, SPD: Das wird alles veröffentlicht.)

Das ist veröffentlicht, aber wir bewerten es falsch. Der PCR-Test ist das Entscheidende, an dem sich alles festmacht. Die Inzidenz von 50 Infizierten ist nicht der richtige Risikoindikator.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und dann muss ich sagen, der ganze Umgang erscheint mir auch heute wieder bei der Rede der Ministerpräsidentin – Frau Ministerpräsidentin, ich muss sagen, in manchen Dingen finde ich es ja gut, dass Sie den eigenen Weg gehen, dass Sie differenziert rangehen, das finde ich in Ordnung. Und Sie haben ja auch gesagt – ich will das auch noch mal positiv hervorheben –, die Inzidenz muss differenziert bewertet werden und Schulen und Kita offen gehalten. Da sind wir völlig bei Ihnen. Aber unabhängig davon ist es immer wieder so, dass hervorgehoben wird, welche Gefahren kommen da auf uns zu, und wir müssen unbedingt Disziplin üben. Nein, fordern Sie die Leute auf, dass sie eigenverantwortlich einschätzen, in welchen Gefahren sie leben und welche Gefahren sie,

(Thomas Krüger, SPD: Und da gehört Disziplin nicht dazu, oder was?!)

welchen Gefahren sie sich aussetzen wollen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und, meine Damen und Herren, die Arbeit des Studenten aus Stralsund, die hatte ergeben – er hatte verglichen Deutschland und Japan,

(Julian Barlen, SPD: Die war methodisch so hinterwäldlerisch!)

Deutschland, Deutschland hat Lockdown gemacht, Japan hat keinen Lockdown gemacht –, und das Ergebnis, das überraschende Ergebnis war, dass die Zahl der Corona-Toten in Japan niedriger war als in Deutschland. Das hat kulturelle,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und was war mit Schweden?)

das hat kulturelle Ursachen.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Und er musste dann einen Kunstgriff machen, um seine Berechnungen weiterzuführen. Und, meine Damen und Herren, das belegt doch nur,

(Zuruf von Philipp da Cunha, SPD)

das belegt doch nur, nutzen Sie die Eigenverantwortung der Bürger, gehen Sie auf die Bürger zu und geben Sie ihnen die Eigenverantwortung zurück, dann werden Sie feststellen, dass Sie bessere Ergebnisse erzielen werden als durch Verbote und Gebote!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Frau Oldenburg, ich möchte noch mal auf Ihre nette Predigt zurückkommen, die Sie hier gehalten haben. Da sind wir völlig bei Ihnen, wenn es um die Kinder geht. Und da gebe ich ... Und ich muss sagen, die Norweger, die gehen da einen interessanten Weg, die halten die Kinder völlig aus den ganzen Lockdown-Aktivitäten raus. Das heißt, die machen einen Lockdown, aber die Kinder haben Freiheiten, sie können zu ihren Sportveranstaltungen gehen,

(Thomas Krüger, SPD:
Wie in Mecklenburg-Vorpommern!)

sie gehen in die Schule,

(Thomas Krüger, SPD:
Wie in Mecklenburg-Vorpommern!)

sie gehen in die Kita und so weiter und so fort.

(Julian Barlen, SPD:
So wie wir, meinen Sie, ja?! –
Zuruf von Philip da Cunha, SPD)

Genau das! Ich will das ja nur, ich will das ja nur bestätigen.

Und das betrifft auch die Maske, meine Damen und Herren, das betrifft auch die Maske in den Schulen. Und deshalb halte ich das für wichtig, dass wir diesen Weg weitergehen und auch konsequent sind.

(Julian Barlen, SPD: Ja, gut!)

Ich möchte noch einen Punkt hervorheben, und zwar kann man leicht den Verdacht bekommen, dass die Pandemie eigentlich gerne ausgedehnt und genutzt wird oder besser gesagt, die Schwere der Pandemie gerne genutzt wird, um eigentlich im Hintergrund politisch ganz andere Dinge durchführen zu können.

(Julian Barlen, SPD: Davon träumen Sie nachts!)

Und das haben wir, das haben wir jetzt zum Beispiel mit dem MV-Schutzfonds erlebt, ganz drastisch erlebt, dass nämlich viele Maßnahmen, die gar nicht mit der Corona-Bekämpfung in Verbindung gesehen werden können, dass die jetzt praktisch über Schulden finanziert gedrückt werden. Da muss man doch klar sagen, da wird die Pandemie missbraucht, um Fehler der vergangenen Jahre in der Regierungspolitik auszubügeln.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Und ich denke auch nur an die Corona-Bonds in Europa oder an die Aufkaufprogramme der EZB. Das alles läuft ab im Hintergrund, keiner diskutiert darüber, weil Corona alle Diskussionen bestimmt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie sich das mal zu Gemüte führen, und ich bitte Sie ernsthaft und eindring-

lich, zu einer realistischen Bewertung unseres derzeitigen Risikos durch die Pandemie zurückzukommen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Fraktionsvorsitzende Herr Krüger.

Thomas Krüger, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es sind nun bereits neun Monate, dass wir in einer Art Ausnahmezustand leben. Die Pandemie zwingt uns, Grundrechte einzuschränken, soziale Kontakte zu reduzieren und die Wirtschaft zu beschränken. Und ja, richtig, meine Damen und Herren, die Menschen in unserem Land hinterfragen diese Maßnahmen, sie hinterfragen auch diese Maßnahmen kritisch: Sind die Einschränkungen, die wir hier machen, auch vernünftig? Und ich will ganz klar sagen, das ist das Recht und es bleibt das Recht der Menschen, auch genau diese Fragen zu stellen.

Ebenso ist es das gute Recht der Menschen, hierauf auch unterschiedliche Antworten zu geben. Die einen sagen uns, das, was ihr da macht, das ist angemessen, das ist richtig, genau so muss es passieren. Es gibt eine zweite Gruppe, die sagt uns, nein, das hätten wir gerne deutlich strenger. Seid strenger, wir haben Befürchtungen, dass das Virus so nicht eingeschränkt werden kann, und möchten strengere Regeln. Und eine dritte Gruppe, die gibt es, die sagt, das ist uns jetzt alles viel zu streng, macht es lockerer, ihr überzieht an der Stelle.

Um es klar zu sagen, wir haben das Recht auf freie Meinungsäußerung in Deutschland, und das bleibt auch so. Jeder hat das Recht, seine Meinung frei und öffentlich zu sagen. Auch Demonstrationen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

auch Demonstrationen, beispielsweise gegen die Corona-Maßnahmen, sind erlaubt, sind weiterhin völlig normal, Teil unserer freiheitlichen Gesellschaft. Und jeder hat selbstverständlich das Recht, wenn er sich zu sehr eingeschränkt fühlt, auch zu Gericht zu gehen und vor Gerichten deutlich zu machen, dass er gerne vom Gericht die Regeln überprüft haben möchte, und wird dann auch eine entsprechende Entscheidung bekommen.

Meine Damen und Herren, aber was nicht geht, ist, sich auszusuchen, welche Regeln man beachtet und welche nicht. Die Corona-Regeln gelten für alle, solange sie nötig und verordnet sind und solange sie nicht durch Gerichte aufgehoben werden, auch dann, wenn man sich von genau diesen Regeln eingeschränkt fühlt, auch dann, wenn sie unbequem und lästig sind, auch dann, wenn man dem Glauben unterliegt, dass Corona eine Erfindung wäre oder völlig übertrieben ist. Dass Regeln anerkannt und eingehalten werden, gerade auch dann, wenn sie individuell stören, gehört zu den Grundprinzipien unserer demokratischen Grundordnung.

Meine Damen und Herren, jeder hat das Recht, gegen die geltenden Regeln zu protestieren und zu demonstrieren und sich demokratisch zu engagieren. Hierzu gehört dann aber auch, sich nicht mit den Feinden der Demo-

kratie gemeinzumachen. Wer zusammen mit Rechts-extremisten und Verschwörungstheoretikern marschiert, wer den Nationalsozialismus durch völlig unangemessene Vergleiche verharmlost,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja.)

wer von „Ermächtigungsgesetzen“ und „Corona-Diktatur“ schwurbelt, wer durch sein Verhalten die Gesundheit anderer Menschen gefährdet, der stellt sich eben außerhalb des demokratischen Konsenses.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Der disqualifiziert und diskreditiert sein Anliegen und der darf nicht erwarten, im demokratischen Diskurs ernst genommen zu werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal daran erinnern, warum wir alle diese Einschränkungen machen. Das Corona-Virus ist hoch ansteckend, es ist hochgefährlich, nicht nur, aber vor allem für ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen, auch junge Menschen, gesunde Menschen können schwer erkranken. Es gibt viele dokumentierte Fälle, in denen von langwierigen Erkrankungen oder langwierigen gesundheitlichen Einschränkungen – auch lange Zeit nach der eigentlichen Infektionsphase – die Rede ist. Ich kenne selbst eine Frau, so um die 55, aus Schwerin, die an Covid-19 erkrankt war. Das ist jetzt zwei Monate her. Sie leidet nach wie vor an Erschöpfungszuständen, ist nicht arbeitsfähig. Schlicht und einfach, nachdem sie diese Infektion durchgemacht hat, ist sie zwar die Infektion los, aber nicht wirklich gesund.

Meine Damen und Herren, es ist eben anders als bei einer Grippe. Bei einer Grippe ist es so, dass ein Teil der Bevölkerung immun ist, schlicht und einfach, weil wir da Impfungen haben. Hier ist es so, dass jemand, der infiziert ist und Kontakt zu anderen Menschen hat, dieses Virus eins zu eins weitergeben kann. Und genau dadurch entsteht das exponentielle Wachstum.

Meine Damen und Herren, das Problem ist, dass wir dann eben nicht mehr kontrollieren und nachvollziehen können, wer sich infiziert hat. Das Problem ist, dass viele infizierte Personen dann auch nicht wissen, dass sie infiziert sind, und das Virus weitergeben an Familienmitglieder, an Freunde, an Kollegen. Das Problem ist, dass unsere Hausärzte, Krankenhäuser die hohe Zahl der Corona-Patienten neben den normalen Patienten nicht mehr bewältigen können. Das Problem ist, dass die Zahl an intensivmedizinischen Betten, an Pflegekräften, an Ärzten in den Krankenhäusern dann nicht mehr ausreichen könnte, und das Problem ist, dass die Patienten dann nicht mehr so behandelt werden könnten, wie es eigentlich medizinisch möglich ist, und die Gefahr besteht, dass sie dann versterben.

Und, meine Damen und Herren, wer glaubt, dass dieses Szenario für uns ein völlig unvorstellbares Szenario ist, weil wir hier ein hoch entwickeltes Gesundheitssystem haben, den bitte ich einfach mal zu schauen in andere europäische Länder, die ein ähnlich entwickeltes Gesundheitssystem haben. Die Niederlande beispielsweise sind auf dem Level gewesen, dass sie es nicht mehr geschafft haben. Patienten sind nach Deutschland gebracht worden, sind bei uns behandelt worden, weil die

niederländischen Krankenhäuser voll waren, weil die Intensivstationen in den Niederlanden es eben nicht mehr geschafft haben. Hier hätten Menschen sterben müssen, wenn wir hier nicht geholfen hätten.

Und, meine Damen und Herren, auch die Schweiz ist da ein Beispiel. In der Schweiz hat man festgelegt vor dem Hintergrund der Pandemie, wie die Triage zu erfolgen hat. Triage heißt, ich habe nicht mehr genügend medizinische Kapazitäten und muss mich entscheiden, wem ich helfe und wem ich nicht helfe. Und ich möchte uns nicht ersparen, hier mal vorzutragen, was Triage in der Schweiz heißt. Da heißt es, Patienten mit schwerer Demenz sollen nicht mehr auf Intensivstationen aufgenommen werden. Patienten mit Krebserkrankungen, bei denen sich Metastasen bilden, sollen nicht mehr aufgenommen werden, ebenso Patienten mit schwerem Trauma und generell Patienten, die älter sind als 85 Jahre.

Meine Damen und Herren, ich habe einen Onkel in Rostock wohnen, der ist 92. Das ist ein rüstiger Rentner, der alleine lebt nach wie vor, Fahrrad fährt und sehr aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnimmt. Wenn ich mir vorstelle, dass der alleine deswegen, weil er eben die 85 überschritten hat, diese Hilfe auf der Intensivstation nicht mehr bekommen würde, das ist eine Vorstellung, da stellen sich mir die Nackenhaare auf. Das sind aber die Konsequenzen davon, dass die Schweiz zu lange, zu zögerlich und zu zaghaft auf Corona reagiert hat. Und genau das ist es, was wir in Deutschland nicht wollen. Genau das ist es, was wir in Mecklenburg-Vorpommern vermeiden wollen. Das sind die Hintergründe dessen, was wir hier tun.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Deswegen müssen wir die Einschränkungen auch in den nächsten Wochen beibehalten, denn noch sind die Infektionszahlen zu hoch. Deswegen ist es aber auch richtig, dass unsere Ministerpräsidentin für uns mit der Bundeskanzlerin verhandelt hat und auf das Land zugeschnittene Maßnahmen durchsetzt.

Und, meine Damen und Herren, die Ministerpräsidentin hat sich hier bei vielen bedankt, die im gesellschaftlichen Raum aktiv sind, die bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie voranstellen und kämpfen. Ich möchte mich an dieser Stelle bei der Ministerpräsidentin bedanken. Ich glaube, ich erlebe dichter als viele andere hier im Saal, wie die Ministerpräsidentin arbeitet, wie viele Stunden, wie viel Einsatz, wie viel Kraft Manuela Schwesig aufwendet, um die Maßnahmen hier durchzusetzen, und mit wie viel Aufwand sie in die Gesellschaft hinein Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung koordiniert. Meine Damen und Herren, ich sage an dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön an die Ministerpräsidentin!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, Kontrastprogramm bietet uns die AfD. Und, Herr Kramer, Sie haben Ihren Redebeitrag überschrieben mit den Worten: „Freiheit statt Zwang“. Ich frage mich: Wenn Sie vor einer Schule das 30-km/h-Schild sehen, empfinden Sie das als Zwang?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Oh, ist das ein Vergleich!)

Ist das ein Zwang?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Wie kann man denn so einen Vergleich machen?)

Sie werden dann gezwungen, 30 km/h zu fahren. Sie sind ja eingeschränkt.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Wir schränken Ihre Freiheit dort ein, richtig. Ich nenne das anders: Das sind gesellschaftliche Regeln.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Und diese gesellschaftlichen Regeln, die stellen wir auf. Und ich finde es richtig, dass wir gesellschaftliche Regeln aufstellen. Wir stellen hier übrigens gesellschaftliche Regeln dafür auf, dass Menschen leben können.

Und wenn ich den Kurs mal mir vornehme, den Sie und Ihre Fraktion uns hier empfohlen haben, dann lassen Sie uns das mal rechnen. Sie haben uns hier sehr frühzeitig gesagt, das, was ihr in Mecklenburg-Vorpommern macht, das ist falsch. Die Regeln sind viel zu streng. Schafft das ab, macht das nach dem Vorbild von Schweden! Und ich habe es Ihnen schon mal vorgerechnet und möchte das ganz aktuell noch mal machen. Wir haben momentan 58 Menschen, die mit und an Corona gestorben sind. 58! Schweden ist ungefähr gut 6-mal so groß wie Mecklenburg-Vorpommern, von der Einwohnerzahl her. In Schweden gibt es inzwischen 6.500 Tote. Das hieße mathematisch runtergerechnet auf Mecklenburg-Vorpommern, wir hätten nicht 58 Menschen, die gestorben sind, sondern wir hätten über Tausend Tote, wenn wir Ihrer Politik gefolgt wären. Und genau das, meine Damen und Herren, wollen wir eben nicht, und deswegen machen wir die Maßnahmen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Es geht eben nicht um Freiheit oder Zwang. Es geht darum, gemeinsame Regeln aufzustellen und mit diesen gemeinsamen Regeln unser Land gut durch die Pandemie zu bringen, übrigens nicht nur Regeln, die die Bevölkerung einschränken, sondern auch Regeln, die am Ende Wirtschaft schützen, die Kultur schützen, ganz wichtige Regeln, Regeln übrigens auch, die für unsere Kinder wichtig sind.

Meine Damen und Herren, es ist ja nicht so, dass wir nicht auch gelernt haben. Klar, es sind in der ersten Welle auch Fehler gemacht worden.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Ja, wir haben Spielplätze geschlossen. Das machen wir heute nicht mehr, mit gutem Recht machen wir es heute nicht mehr. Wir haben seinerzeit die Kitas geschlossen, Schulen geschlossen, das machen wir mit gutem Recht heute nicht mehr. Meine Damen und Herren, wir reagieren differenziert, aber wir machen eben nicht das, was Sie wollen. Wenn Sie uns hier – ich glaube, es war die letzte Landtagssitzung – sagen, schaffen Sie die Maskenpflicht ab, beispielsweise, dann ist das grob fahrlässig. Dann ist das grob fahrlässig!

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann ist hier vorgebracht worden, dass das Parlament stärker aktiv

werden muss. Lesen Sie unseren Antrag! Da haben wir was zu geschrieben, vielleicht stimmen Sie ja zu. Sie haben aber Beispiele genannt, die will ich deutlich zurückweisen. Sie haben hier den Haushaltsplan genannt. Ich habe nicht verstanden, an welcher Stelle der Haushaltsplan etwas ist, wo Sie als Fraktion nicht auch die Möglichkeit hätten, mit Ihren Vorschlägen reinzugehen, wo Sie nicht am Ende auch sagen können, da hätten wir mehr, da wollen wir weniger.

(Horst Förster, AfD: Das machen wir!)

Das ist völlig in Ihrer Hand! Da sind Sie völlig im parlamentarischen Verfahren,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

genauso, wie Sie völlig im parlamentarischen Verfahren sind, wenn die Regierung Verordnungen verabschiedet und Sie mit etwas nicht einverstanden sind. Legen Sie einen Gesetzentwurf vor, das ist Ihr gutes Recht! Machen Sie es! Sie sind nicht eingeschränkt! Sie sind nicht eingeschränkt! Sie müssen nur Ihre Arbeit machen, und das hat Herr Waldmüller, wie ich finde, sehr schön herausgearbeitet.

Und, Herr Dr. Jess, wenn Sie hier vom „Primärrisiko“ und „Sekundärrisiko“ reden, würde ich noch mal gerne mit Schweden antworten: Primärrisiko, Sekundärrisiko – 58 Menschen gestorben in Mecklenburg-Vorpommern, runtergerechnet auf Schweden oder hochgerechnet auf Schweden wären es tausend Menschen, die gestorben sind. Wissen Sie, wie dieses Primärrisiko, wie viel Leid in die Familien Mecklenburg-Vorpommerns das getragen hätte, wie viel Leid die Menschen in diesem Land gehabt hätten?!

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Das wäre Ihre Politik gewesen, eine Politik des Leids! Das ist Ihre Politik! Ich halte das für zynisch, übrigens genauso zynisch, wie Ihre Glaubensgenossen das machen in den USA,

(Heiterkeit und Zuruf von Horst Förster, AfD)

in Brasilien, in vielen anderen Ländern, wo Rechtspopulisten aktiv sind. Ich nenne diese Politik zynisch!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und, meine Damen und Herren, hier ist dann ja auch eben gesagt worden von Herrn Kramer, dass die Menschen – Sie sprechen ja immer gleich für „die Menschen“ – die Regeln nicht mehr nachvollziehen können. Ich bitte Sie, schauen Sie mal in den MV-Monitor, schauen Sie in die NDR-Umfrage – die Zahlen sind hier bereits genannt worden –, wie viele Menschen oder welcher Anteil von Menschen die Maßnahmen unterstützt und welcher Anteil die Maßnahmen zu streng findet, und dann wissen Sie, dass wir selten in der Gesellschaft Regeln haben, die von so vielen Menschen für gut erachtet worden sind, beziehungsweise uns sogar noch auffordern, hier strenger zu werden.

Und, meine Damen und Herren, ich finde es sehr gut, das will ich ganz klar sagen, dass wir als Sozialdemokraten hier nicht alleine stehen, sondern dass die demokratischen Fraktionen von LINKEN über die SPD bis zur

CDU hier gemeinsam stehen und wir gemeinsam sagen, wir müssen die Pandemie bekämpfen. Es ist eine gesellschaftliche Ausnahmesituation. Und dass in gesellschaftlichen Ausnahmesituationen Demokraten zusammenstehen und gemeinsam sagen, wir haben jetzt ein Ziel, nämlich das Ziel, die Gesundheit, das Leben der Menschen in diesem Land zu schützen, das ist ein hohes Gut, und ich möchte mich ganz herzlich bei den anderen Fraktionen bedanken, dass wir hier einen gemeinsamen Weg gehen können!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Und, meine Damen und Herren, wenn das zurückgewiesen worden ist, will ich das hier trotzdem noch mal ganz deutlich wiederholen: Wir sind im Vergleich zu anderen bislang gut durch die Krise gekommen. Die neuen Einschränkungen waren schwierig, aber sie waren nötig, und wir haben diese Einschränkungen ja auch beispielsweise begleitet durch Wirtschaftshilfen. Auch das, finde ich, ist immer noch wichtig. Der Erfolg der Maßnahmen zeigt sich darin, dass wir eine beherrschbare Situation noch in unseren Krankenhäusern, in den Gesundheitsämtern haben, dass wir hier nach wie vor freie Kapazitäten haben.

Und, meine Damen und Herren, ja, wir haben differenzierte Lösungen, und ja, wenn ich den einen oder anderen Kommentar in den Medien lese, wird das auch kritisiert, dass wir differenzierte Lösungen haben. Ich sage Ihnen, aus meiner Sicht ist das eine Stärke des Föderalismus, dass man nicht über ganz Deutschland eine Regel legt und sagt, das ist dann so,

(Beifall Jochen Schulte, SPD)

sondern dass wir sagen, wir haben hier eine Situation vor Ort, an dieser Situation richten wir uns aus.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, wir warten alle sehnsüchtig darauf, dass dieser Corona-Alptraum irgendwann zu Ende ist. Und eine Voraussetzung dafür ist, dass wir einen Impfstoff haben und dass wir in Mecklenburg-Vorpommern entsprechend impfen können. Ich weiß, dass der Wirtschafts- und Gesundheitsminister da dran ist, hier zu organisieren, dass wir die Impfung auch vernünftig durchführen können. Die Vorbereitungsschritte laufen jetzt, das finde ich richtig, das finde ich wichtig, denn wir alle wollen ja irgendwann auch wieder feiern können, wollen gemeinsam Kultur genießen, wir wollen Sport machen können, wollen Musik genießen, all die Dinge, die da schön sind.

Meine Damen und Herren, zu entscheiden ist natürlich noch, wenn der Impfstoff da ist, wer zuerst den Impfstoff bekommt. Ich spreche mich hier ganz klar dafür aus, medizinisches Personal und gefährdete Personengruppen, das müssen die Ersten sein, die geimpft werden. Und eins zur Impfung noch: Klar ist, es wird keine Impfpflicht geben. Es wird keine Impfpflicht geben! Nichtsdestotrotz werbe ich dafür, dass die Menschen sich impfen lassen, denn solange ich zurückdenken kann,

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke
übernimmt den Vorsitz.)

hat es das in der Geschichte noch nie gegeben, dass so viele Wissenschaftler, so viele Ressourcen gleichzeitig gemeinsam daran gearbeitet haben, eine Krankheit zu bekämpfen und hier einen Impfstoff zu finden. Meine Damen und Herren, deswegen ist es wichtig, dass die Menschen sich impfen lassen, und wie gesagt, ich werbe dafür.

Bis dahin, bis dieser Impfstoff vorliegt, gilt es, dass wir die Hygieneregeln einhalten, dass wir unnötige Kontakte vermeiden, dass wir – auch dafür werbe ich – möglichst keine Reisen machen, nicht unnötige Reisen machen. Und deswegen, meine Damen und Herren, lassen Sie uns dabei bleiben, lassen Sie uns die Hygieneregeln befolgen, lassen Sie uns Mund-und-Nasen-Schutz tragen, lassen Sie uns auch Abstand halten, vermeiden Sie unnötige Treffen, verzichten Sie auf Dinge, die nicht nötig sind, seien Sie solidarisch und lassen Sie uns auch mit Abstand zusammenhalten! – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache zur Regierungserklärung.

Ich rufe vereinbarungsgemäß an dieser Stelle auf: Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Corona-Maßnahmen auflockern – Strategiewechsel für Mecklenburg-Vorpommern vollziehen, auf Drucksache 7/5584, in Verbindung mit der Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Weitere Anstrengungen zur Bewältigung der Corona-Pandemie – vereinbarte Schutzmaßnahmen umsetzen, Landtagsbeteiligung stärken, Wirtschaft und Kultur weiter unterstützen, auf Drucksache 7/5615.

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

(Zuruf aus dem Plenum:
Schönes Wochenende!)

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kollegen! Liebe Landsleute! Liebe Gäste!

(Julian Barlen, SPD: Gibt es schon Mittag?)

Wir haben ja eben schon eine ganze Weile über das Thema gesprochen. In der Erwiderung auf die Regierungserklärung habe ich ja auch schon kurz diesen Antrag skizziert, auf den ich jetzt etwas näher eingehen möchte. Nun hilft es aber nicht, auch nur darüber zu reden. Wir wollen handeln. Meine Fraktion will unsere Strategie für Mecklenburg-Vorpommern mit diesem hier von uns gestellten Antrag unterlegen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

denn meine Fraktion ist davon überzeugt, dass in unserem Bundesland aufgrund seiner dünnen Besiedelung, der geringen Mobilität und der sozialen Struktur seiner Haushalte sich ohnehin ein geringes Maß an Kontakten ereignet. Und so, wie es der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion eben auch schon sagte, ist es richtig und gut, dass wir uns eben nicht auf eine bundeseinheitliche

Regelung festlegen, sondern dass wir lokal gucken. Das passiert mit dem Entwurf der neuen Verordnung, diskutieren wir, das ist aber genau das, was meine Fraktion von Anfang an in dieser Pandemie gefordert hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Also ich verstehe, ich verstehe diese ganzen Angriffe nicht, die vorhin im Rahmen der vorangegangenen Debatte hier gekommen sind. Also Sie haben im Grunde genau das wiederholt, was wir schon immer gefordert haben. Und das pflegen Sie jetzt nach und nach in diese Verordnung ein und schelten uns hier. Das ist, also ich kann es echt nicht nachvollziehen. Vielleicht können Sie das mal an anderer Stelle aufklären und Sie können zu meiner Erleuchtung beitragen, was ich aber bezweifle, nicht, weil ich nicht erleuchtet werden,

(Julian Barlen, SPD:
Das bezweifeln wir auch.)

nicht, weil ich nicht erleuchtet werden kann, Herr Barlen,

(Julian Barlen, SPD:
Da sind wir uns ja einig.)

sondern weil Sie es einfach nicht vermögen, mir diese Erleuchtung nahezubringen.

(Julian Barlen, SPD:
Das schafft niemand!)

Das liegt aber dann weniger an meinem Intellekt, sondern offensichtlich eher an Ihrem Intellekt, Herr Barlen. Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Julian Barlen, SPD: Jetzt sind
wir wieder nicht einig.)

Also unser Bundesland war dadurch stets in einer ausgezeichneten Lage, um mit weniger Aufwand durch diese Pandemie zu kommen. Diese Chance wurde leider nicht genutzt. Vor allem möchten wir mit diesem Antrag aber eines: Wir wollen den Leuten da draußen ihre Angst nehmen. Und als demokratische Fraktionen sind wir uns einig, allen Kräften, die durch Schüren von Ängsten und Verbreiten von Unwahrheiten die Menschen verunsichern wollen, treten wir entschieden entgegen.

Wir beantragen hier klar, dass die Maßnahmen der seit Oktober beschlossenen Bund-Länder-Konferenzen zurückgenommen werden mögen. Der Weg, der hier beschritten wird, das ist der Weg des Stillstands und der Weg der Verschuldung. Insbesondere das wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben muss wieder ermöglicht werden, meine Damen und Herren. Der Druck von oben muss beseitigt werden, wir brauchen eine Analyse vor Ort. Wir schlagen hier vor, dass sich das Land einen eigenen Kopf machen möge. Wir schlagen einen Sonderweg vor.

Und damit sind wir auch nicht allein. Hören Sie doch mal auf die Wissenschaft! Lesen Sie das Positionspapier, was ich vorhin schon ansprach, von Professor Streeck und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung! Lesen Sie die Positionspapiere aus dem Kreis von Professor Matthias Schrappe und Professor Püschel! Hören Sie auf, sich an Neuinfektionszahlen und Lockdowns festzukrallen!

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und hören Sie auf, uns hier mindere Intelligenz zu unterstellen, nur, weil wir versuchen, neue Lösungsansätze zu finden!

Unser Sonderweg ist unser alternativer Fahrplan bis zum Ende der Pandemie, bis wir eine Herdenimmunität von 60 bis 70 Prozent haben. Dazu brauchen wir einige Bausteine, meine Damen und Herren.

Baustein 1: Lokal statt Kanzleramt. Wir brauchen eine Regelung, die temporär und lokal auf eine sich anbahnende Überforderung reagiert, und zwar nicht zum Monatsende, wenn die Ministerpräsidenten mal Zeit haben, um per Videokonferenz zu chatten, sondern jeden Tag sollten Landräte, Laborchefs und Klinikleiter vor Ort ausloten, wo die Schmerzgrenze ist, denn jeder Lockdown-Tag und jede Lockdown-Gemeinde kostet uns unvorstellbar viel Geld. Wegen drei Patienten im Helios Klinikum in Schwerin muss auf Usedom kein Nagelstudio und kein Friseur geschlossen werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Julian Barlen, SPD:
Schlechtes Beispiel, Usedom!)

Baustein 2: Risikogruppen schützen. Der Schutz der Risikogruppen ist das Wichtigste. Für Krankenhäuser und Pflegeheime müssen FFP2-Masken und Schnelltests ermöglicht werden, aber nicht mit einer Eigenbeteiligung, wie der Bund es fordert, sondern komplett gedeckt für realistische Bedarfe. Geld dafür ist genug im Nachtragshaushalt vorhanden.

Baustein 3: Impfen. Nach einigen erfolgreichen klinischen Tests erwartet die EU-Kommission noch in diesem Jahr die erste Zulassung eines Corona-Impfstoffs durch die Europäische Arzneimittel-Agentur. Das ist im Grunde schon länger bekannt. Und deshalb braucht es endlich einen Impfplan auf den Tisch, der eine Priorisierung von vulnerablen Gruppen und Berufen aufzeigt. Klären Sie die Bevölkerung über das Impfen auf! Gehen Sie als Politiker mit gutem Vorbild voran, wenn Sie sich impfen lassen wollen!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Machen wir!)

Lassen Sie die Öffentlichkeit,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Kommen Sie mit, Herr Kramer?)

lassen Sie sich öffentlichkeitswirksam impfen,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Machen wir zusammen, wir beide!)

um linke, kapitalismusfeindliche Verschwörungstheorien und berechtigte Bedenken abzubauen, Herr Ritter! Aber alles muss auf Freiwilligkeit beruhen, und daher auch immer wieder, vorhin in meiner Erwidderung auf die Regierungserklärung: Freiheit statt Zwang, Herr Krüger.

(Julian Barlen, SPD: Deshalb
boykottiert die AfD ja auch
die Maske hier im Landtag.)

Baustein 4: Abkehr von Kontaktnachverfolgungen.

(Julian Barlen, SPD: Freiheit statt Zwang! Funktioniert super!)

Wir brauchen auch keine strikte Kontaktnachverfolgung mehr. Schluss mit ausliegenden Listen in Restaurants! Schluss mit ausliegenden Listen bei Besuchen öffentlicher Gebäude! Lassen wir doch weitere Dunkelziffern zu! Die Dunkelziffern sind ohnehin noch kaum abschätzbar. Wir müssen uns auf die Gefahren von Superspreader- und Risikogruppen begrenzen. Wir sollten die freiwillige Nutzung der Corona-Warn-App etablieren. Lassen Sie uns Hygienekonzepte und Teststrategien für Veranstaltungen temporär einführen anstelle genereller Schließungen!

Baustein 5: Corona-Radar. Wir brauchen einen landesweiten, einheitlichen Corona-Radar. Auf einen Blick muss erkennbar sein, in welchen Gemeinden es ausbricht und wo Krankenhäuser Probleme haben. Eine Versteifung auf Infektionszahlen muss endlich beendet werden. Auch hier erinnere ich an den Redebeitrag von vorhin von mir. Vorpommern-Greifswald macht es vor.

Baustein 6: Eigenverantwortung und AHA+A+L. Vor allem besiegen wir Corona nicht mit Verordnungen und Strafen. Corona bekommen wir durch freiwillige Vorsicht und Achtsamkeit in den Griff.

(Thomas Krüger, SPD:
So wie Schweden, ne?!)

Und hier nehmen auch die Medien eine entscheidende Rolle ein.

(Thomas Krüger, SPD:
So wie Schweden, ne?!)

Ohne in Panik zu versetzen, müssen die Medien informieren, wo sich genau die Hotspots befinden.

(Thomas Krüger, SPD: Ah, jetzt sagen Sie den Medien, was sie zu tun haben?!)

Dies verstärkt die selbst erfüllende Prophezeiung,

(Thomas Krüger, SPD: Mann, Mann, Mann!)

dass die sozialen Menschen vor Ort sich auch rasch an Hygiene- und Abstandsregeln halten, sofern es wieder ernster wird. Aber auch die Unterstützungsdienste können wir reaktivieren. Älteren Menschen sollte man vermehrt wieder Einkaufshilfen anbieten, damit sie Supermärkte und öffentlichen Personennahverkehr meiden. Wir müssen uns wieder selbst helfen. Eigenverantwortung und Hygieneregeln sind nach meinem Dafürhalten das A und O.

Das sind im Großen und Ganzen unsere Kernpunkte.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen hier nun mehrfach einen Ausweg vorgetragen und ich weiß, Sie werden unseren Antrag verwerfen, aber glauben Sie mir eins, mit Ihrem Festhalten an den Neuinfektionszahlen, mit Ihrem starren Ampelsystem, mit Ihrer Kontaktnachverfolgung und mit Ihrer unendlichen Schuldenaufnahme durch die Schließungen, mit all Ihrem „Weiter so!“ fahren Sie das Land noch weiter in den Morast. Und damit müssen Sie dann leben, wenn Sie unseren Antrag ablehnen. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Barlen.

(Der Abgeordnete Julian Barlen spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Oh, Entschuldigung!

Julian Barlen, SPD: Das Präsidium hat sich gesammelt.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach der – abgesehen von der AfD, möchte ich wirklich sagen – sehr verbindenden Aussprache zur Regierungserklärung der Ministerpräsidentin bringen wir jetzt unter dem Titel „Weitere Anstrengungen zur Bewältigung der Corona-Pandemie – vereinbarte Schutzmaßnahmen umsetzen, Landtagsbeteiligung stärken, Wirtschaft und Kultur weiter unterstützen“ erneut einen Antrag hier ins Plenum, der angesichts der nach wie vor sehr ernsten, aber mit Blick auf die Entwicklungen beim Impfstoff zugleich ja auch hoffnungsvollen Situation eines zeigt, nämlich, dass alle konstruktiven Kräfte hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern in dieser für unser Land schweren Zeit zusammenstehen, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Es handelt sich um einen interfraktionellen Antrag, getragen von SPD, CDU und DIE LINKE, und der müsste daher eigentlich sogar „Gemeinsam weitere Anstrengungen zur Corona-Bewältigung unternehmen“ heißen – gemeinsam, weil wir hier in Mecklenburg-Vorpommern nicht nur eine Regierung haben, die buchstäblich Tag und Nacht dafür arbeitet, dass dieses Land sicher durch die Krise kommt, sondern weil wir eben auch einen Landtag haben, der sich nicht nur beim Haushalt und bei dem MV-Schutzfonds der Verantwortung stellt, sondern auch hinsichtlich der Schutzmaßnahmen und der Unterstützungsmaßnahmen für die Menschen hier im Land klare Position bezieht.

Meine Damen und Herren, unser Land Mecklenburg-Vorpommern steht aktuell vergleichsweise gut da, kann Kitas, Schulen, den Jugendsport offen halten, und das eben, weil von Anfang an ein klarer Kurs gefahren wurde, der so viel Schutz vor dem tückischen Virus bietet wie eben möglich und dafür so viele Maßnahmen in Kauf nimmt wie nötig. Und, meine Damen und Herren, unser Land ist bisher so gut durch die Krise gekommen, eben weil die Vernünftigen zusammengestanden und diesen Kurs mitgetragen haben. Vielen Dank allen Frauen und Männern in Mecklenburg-Vorpommern, die trotz teils erheblicher persönlicher Nachteile, erheblicher persönlicher Einschränkungen die Solidarität und die Vernunft haben walten lassen! Vielen Dank allen, die das mitgetragen haben!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Und – das gehört zur Einbringung dieses interfraktionellen Antrages für mich dazu –, und auch verbindlichen

Dank an die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE, die ebenfalls den Ernst der Lage vor Augen haben und mitziehen! Das ist keine Selbstverständlichkeit. Manuela Schwesig, die Landesregierung, die Fraktionspitzen haben großen Wert auf Einbeziehung

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

und auf Beteiligung gelegt,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Die sind schon alle im Wochenende.
Da ist ja keiner mehr da.)

aber zu einer Kooperation, zu einer solchen gemeinschaftlichen Herangehensweise gehören immer mehrere Seiten, und ich freue mich, dass das erneut klappt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, der Volksmund sagt, später ist man immer klüger.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Na, da bin ich bei Ihnen aber mal
gespannt, ob das wirklich so ist.)

Genau.

(Heiterkeit bei Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Für Sie müsste das heißen, später bin ich immer noch genauso verbohrte wie am Anfang, aber davon abgesehen, vor allem wir hier in Mecklenburg-Vorpommern können heute doch sagen, dass wir am 29. Oktober wirklich gut beraten waren, die Bund-Länder-Vereinbarungen für eine zweite Phase der Kontaktbeschränkungen mitzutragen. Das war richtig, das hat unmittelbar dazu geführt, dass das zwischenzeitlich wieder bedrohliche Ansteigen, dass die ungebremste Dynamik gebremst wurde. Als Mecklenburg-Vorpommern haben wir nach wie vor mit die niedrigsten Werte, und das muss so bleiben, meine Damen und Herren.

Und deshalb halten wir es angesichts der mit gemeinsamer Kraftanstrengung im Ansatz ja gelungenen Bremsung der Infektionszahlen auch für richtig, den Fuß jetzt eben nicht abrupt von der Bremse zu nehmen, noch bevor eine echte Trendwende erreicht worden ist. Das Infektionsgeschehen hat sich auf einem hohen Niveau stabilisiert, steigt glücklicherweise eben nicht mehr jeden Tag in neue Höhen, aber es sinkt eben auch noch nicht wie eigentlich nötig.

Und deshalb tragen wir als Landtag den zwischen Bund und Ländern vereinbarten Kurs auch weiter mit: Verlängerung, punktuelle Erweiterung der Maßnahmen, gleichzeitig eine Fortsetzung des Antrages, des Ansatzes – Verzeihung –, den wir hier auch in Mecklenburg-Vorpommern erfolgreich praktiziert haben, nämlich lokal hinzuschauen, da, wo es besonders schlimm zur Sache geht, in richtigen Hotspots schärfere Maßnahmen und dort, wo die Zahlen dauerhaft stabil niedrig sind und auch die Begleitmusik stimmt, dort geeignete Öffnungsmaßnahmen. Die Landesregierung muss diese Bund-Länder-Beschlüsse jetzt in Landesrecht übersetzen, das steht unmittelbar bevor, und weil die Zahlen in Mecklenburg-Vorpommern vergleichsweise niedrig sind, ohne die

Verschärfung der Quadratmeterregelung für den Einzelhandel.

Meine Damen und Herren, alle Maßnahmen brauchen bestmögliche Akzeptanz, um zu wirken. Und ganz wichtig ist uns in diesem Zusammenhang, dass Regierung und Parlament weiterhin so eng zusammenarbeiten. Wir beraten heute nicht nur erneut die Bund-Länder-Gespräche schon vor der Kabinettsbefassung, sondern wir bekräftigen heute gleichfalls ein noch klareres Verfahren zur Beteiligung des Landtages bei Schutzmaßnahmen über den Ausschuss für Wirtschaft und Gesundheit. Das praktizieren wir ja heute bereits.

Meine Damen und Herren, und ganz klar bekennen wir uns mit diesem Antrag heute auch dazu, die Arbeitssituation besonders gefährdeter Personengruppen und Berufsgruppen weiter zu verbessern, Stichwort „Schule“, „Kita“, „Polizei“, „Pflege“, einiges mehr. Hierfür ist der Gesundheitsminister aufgefordert, gemeinsam mit dem Bund eine Schnellteststrategie zu entwickeln, etwaige offene Bedarfe auch an Schutzausrüstungen zu erkennen, zu schließen. Schon jetzt muss – das ist bereits angesprochen worden – eine flächendeckende umsetzbare Impfstrategie inklusive einer Impfkampagne entwickelt werden, damit es losgehen kann, wenn der Impfstoff verfügbar wird. Hierüber wird der Gesundheitsminister nicht nur im Kabinett, sondern möchte er selbstverständlich auch im Ausschuss berichten.

Und, meine Damen und Herren, da nicht sofort alle Menschen auf einen Streich geimpft werden können, bleibt natürlich die Einhaltung der AHA-Regeln – Abstand/Hygiene/Alltagsmaske – weiterhin wichtig. Hierüber muss auch weiterhin aufgeklärt werden, auch im Rahmen einer Kampagne.

Meine Damen und Herren, eine wichtige Rolle neben der Einsicht in die Notwendigkeit und den Gesundheitsschutz spielen natürlich auch weiterhin die wirtschaftlichen und die finanziellen Hilfen in der Krise. Angesichts der Verlängerung der Maßnahmen werden auch die Novemberhilfen ausgeweitet zu Dezemberhilfen. Da muss die Landesregierung in Berlin weiter auch eine klare finanzpolitische Kante für unsere Unternehmen, für unsere Selbstständigen, für die Kultur hier im Land Mecklenburg-Vorpommern fahren, zugleich prüfen, wie der MV-Schutzfonds weiterhin möglichst ideal eingesetzt wird. Die Kampagne „EinKauf mit Herz“ für den lokalen Einzelhandel, die muss ausgeweitet und mit dem Digitalen Marktplatz Mecklenburg-Vorpommern verknüpft werden, damit die Kaufkraft gerade zu Weihnachten, auch online, vor Ort bleibt und nicht über den großen Teich wandert. Engagement und Zusammenhalt müssen weiter gefördert werden. Kunst und Kultur hat, das wissen wir alle, Alarmstufe Rot. Neben den finanziellen Hilfen muss, sobald es natürlich geht, schrittweise verantwortungsbewusst wieder Live-Kultur ermöglicht werden. Auch der Tourismus, weitere Branchen brauchen planbare Öffnungsperspektiven, wenn die Lage es zulässt.

All das haben wir in diesem Antrag gebündelt, meine Damen und Herren. Die konstruktiven Kräfte dieses Hauses stellen sich der Verantwortung zur Krisenbewältigung. Ich freue mich auf die Debatte. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Barlen!

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Wieder zurückgenommen.)

Vereinbarungsgemäß ist hier eine verbundene Aussprache vorgesehen, und zwar mit einer Dauer von bis zu 58 Minuten. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und ich eröffne die Aussprache.

Bislang war die Bereitschaft bei der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen, diesen Vorschlägen zu folgen, eher gering ausgeprägt. Sie werden sich vielleicht an meinen emotionalen Auftritt von der letzten Landtagsitzung erinnern, was ja sonst eigentlich gar nicht meine Art ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort der Abgeordnete Ritter.

(Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD)

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sind schon drei Leute da jetzt.
Ist schon einer mehr wie vorhin. –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Umso erfreuter bin ich aber heute, dass die Regierung und die sie tragenden Fraktionen erstens dem Anliegen oder dem Vorschlag meiner Fraktion gefolgt sind, heute hier diese Dringlichkeitssitzung durchzuführen, und der MV-Gipfel, auf dem die Maßnahmen beraten und beschlossen werden, erst nach dieser Debatte im Landtag stattfindet. Ich bin auch zufrieden und dankbar, dass wir in Punkt V unseres gemeinsamen Antrages heute Regelungen diskutieren und beschließen, welche die Rechte und Pflichten des Parlaments und der Landesregierung künftighin festschreiben.

Peter Ritter, DIE LINKE: Wer sonst nichts beizutragen hat.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Ja, das zeigt, wie ernst Sie die Debatte
nehmen hier auch und wie wichtig)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben es damit auch selbst in der Hand, wie oft, wie intensiv und wie nachvollziehbar die Corona-Regeln hier im Land diskutiert werden und vor allen Dingen nachvollziehbar sind. Ich hoffe, dass das mehr Akzeptanz und Verständnis für die Maßnahmen, die wir gemeinsam treffen müssen, schafft. Der heute von der Koalition und von meiner Fraktion eingebrachte Antrag stellt einen guten Kompromiss dar, und ich sage seitens meiner Fraktion ein herzliches Dankeschön an alle, die in vielen Diskussionsrunden zu dem Ergebnis dieses Antrages beigetragen haben.

Sind Sie fertig?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Noch nicht ganz.)

Okay. Ich fange dann trotzdem mal an, wenn dann die Uhr umgestellt wird?!

(Schriftführerin Elisabeth Aßmann:
Die läuft schon lange, weil Sie
angefangen haben zu reden.)

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD,
Franz-Robert Liskow, CDU, und
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Nee, ab „Werte Frau Präsidentin!“ läuft die Zeit.

(Heiterkeit bei Franz-Robert Liskow, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man kann die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie gut finden oder kritisieren, man kann die Maßnahmen ausreichend oder nicht ausreichend finden, man kann gegen die Maßnahmen demonstrieren, selbst unter Nichtbeachtung der einfachsten Anstandsregeln, Abstand und Maske, man kann dabei sogar einen Aluhut aufsetzen und die Existenz von Corona gänzlich infrage stellen, man kann dabei verantwortliche und verantwortungsvolle Politikerinnen und Politiker, aber auch Journalistinnen und Journalisten auf den Demonstrationen beschimpfen oder gar bedrohen, man kann sie in den sozialen Netzwerken beleidigen. Das alles kann man, meine sehr verehrten Damen und Herren, aber was nützt es?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ab heute, ab heute – und das ist das Bemerkenswerte an diesem Antrag und das Bemerkenswerte an dem Diskussionsprozess, den wir lange miteinander geführt haben –, ab heute wird jede Änderung bei den Corona-Maßnahmen dem Landtag zugeleitet. Der zuständige Gesundheitsausschuss und gegebenenfalls weitere betroffene Ausschüsse werden sich mit den Änderungen befassen. Und wir tun das auch in der Erkenntnis, wenn wir das so beschließen, dass es zu einer weiteren neuen Herausforderung unserer Kolleginnen und Kollegen in den Ausschüssen führen wird, aber dieser Verantwortung sind wir gern bereit uns zu stellen.

Was man aber machen muss, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die verantwortungsbewusste Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Pandemie. Was man machen muss, ist das Suchen und Finden von Maßnahmen, die die Auswirkungen der Pandemie auf das öffentliche Leben und vor allen Dingen auf das Gesundheitswesen in erträglichem Rahmen halten. Was wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier vor allem müssen, ist, dafür zu sorgen, dass die Mitbeteiligungsrechte des Parlaments gewahrt bleiben und in einer solchen Situation auch gestärkt werden.

Und am Ende, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird der Landtag über die neuen Regeln wiederum beraten und beschließen. Diese Debatten sind sehr wichtig. Damit trägt der Landtag nämlich dazu bei, die Akzeptanz der Maßnahmen in der Bevölkerung zu erhöhen. Für dieses Mehr an Demokratie, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir gern all die Wochen und Monate gestritten. Ich freue mich, dass SPD, CDU und DIE LINKE einen gemeinsamen Weg gefunden haben, und ich bin überzeugt, dass wir der Demokratie in diesem Land damit einen guten Dienst leisten. In diesem Sinne begrüßt meine Fraktion den vorliegenden Antrag sehr und wir werden diese Initiative unterstützen. – Herzlichen Dank!

Meine Fraktion hat dazu seit März dieses Jahres Forderungen gestellt, Vorschläge unterbreitet, Gesetzentwürfe eingebracht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort der Abgeordnete Franz-Robert Liskow.

Franz-Robert Liskow, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Dringlichkeitsantrag von CDU, SPD und den LINKEN hat drei wesentliche Aspekte. Der erste Aspekt hat etwas mit Feststellungen zu tun, um die man nicht umhinkommt, wenn man ehrlich miteinander über das redet, was in den letzten Monaten in unserem Lande passiert ist. Das Corona-Virus hat die gesamte Welt ins Wanken gebracht, und die Maßnahmen, die global zur Anwendung kommen, sind beinahe überall die gleichen. Manche Staaten arbeiten dabei mit Gesetzen, andere eher mit Appellen, aber im Großen und Ganzen greifen weltweit recht ähnliche Maßnahmen. Welch Überraschung, es ist ja auch überall das gleiche Virus!

Und auch wenn ich viele dieser Maßnahmen persönlich als sehr unangenehm empfinde, so haben wir inzwischen recht gut gelernt, was funktioniert und was eben nicht funktioniert. Das Einhalten von Abstand und das Begrenzen der Verbreitung von Aerosolen funktioniert. Was nicht funktioniert, ist, die Gefahr zu ignorieren. Wenn also eines schon jetzt feststeht und wir aus der Pandemie gelernt haben, dann, dass sich die Natur nur wenig dafür interessiert, was wir über das Virus denken. Die Pandemie ist nun einmal da, streiten kann man lediglich über die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen.

Ich bin kein Virologe. Wenn ich ein Gefühl dafür entwickeln will, ob der Weg, den wir in Deutschland bestreiten, der richtige ist, dann kommt man nicht umhin, einen Blick ins Ausland zu werfen. Und der wiederum zeigt, Deutschland ist, was die Inzidenzen angeht, in Europa nach wie vor eine Insel der Seligen. Weder fährt unser Gesundheitssystem flächendeckend am Limit, noch gibt es Ausgangssperren oder dergleichen. Deswegen ist es auch absolut sinnvoll, dass wir in dem Antrag noch einmal festhalten: Der Weg, den wir in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern beschreiten, der kann so falsch nicht sein.

Der zweite wesentliche Aspekt des Antrages betrifft den parlamentarischen Umgang mit dem Virus. Hierzu haben mein Fraktionsvorsitzender Wolfgang Waldmüller und auch eben der Kollege Ritter schon sehr viel Richtiges gesagt. Das will ich nicht wiederholen. Für mich allerdings steht jetzt schon fest, dass das Argument, parlamentarische Beratungen seien zu zeitraubend, um schnell reagieren zu können, nicht noch einmal gelten darf.

In Hessen beispielsweise haben SPD und FDP ein Gesetz eingebracht, dessen Kern lautet, dass Rechtsverordnungen zum Infektionsschutzgesetz dem Landtag so frühzeitig zugeleitet werden sollen, dass eine Befassung des Landtages vor der Verkündung möglich wäre.

(Jochen Schulte, SPD: Jetzt frage ich mich mal, wie die CDU mit dem Gesetzentwurf in Hessen umgeht.)

Findet die Zuleitung vor der Verkündung nicht statt, muss dies begründet werden, etwa mit Gefahr im Verzug oder wenn es um besonders eilbedürftige Änderungen infolge verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen geht. Ich finde, dass man über so eine Schrittfolge zumindest nachdenken kann.

Da müssen wir mal die Kollegen in Hessen fragen, Herr Kollege Schulte.

(Heiterkeit und Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Der dritte wichtige Aspekt ist der Ausblick in die Zukunft. Ich finde es sehr begrüßenswert, dass der Antrag zumindest eine Perspektive für Lockerungen bietet. Entsprechende Rahmenbedingungen vorausgesetzt – niedrige Inzidenz, negativer Trend, Reserve im Gesundheitssystem – wird die Landesregierung aufgefordert, auch im Alleingang zu öffnen und zu lockern. Diese Perspektive macht einerseits Mut, andererseits ist es aber auch ein Ansporn für jeden Einzelnen: Wenn wir es gemeinsam schaffen, die Inzidenzen zu senken, geht es früher zurück in Richtung Normalität.

Und damit möchte ich noch mal auf einen weiteren Punkt zu sprechen kommen, der etwas mit der Zukunft zu tun hat und der in unserem Antrag steht, und dieser Punkt dreht sich um den Tourismus und die Gastronomie. Diese für unser Land wichtigen Branchen brauchen demnächst einen Fingerzeig, wann und wie mit Öffnungen zu rechnen ist. Die Betriebe kann man vielfach nicht kurzfristig anfahren, deswegen müssen die Gespräche frühzeitig geführt werden mit dem Ziel, Planungssicherheit zu schaffen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe umfassend begründet, warum ich unseren vorliegenden Antrag mit all seinen Facetten für richtig halte. Der Antrag der AfD indessen hat einen etwas mauligen Unterton. Er ist nicht nur keine Alternative zu unserem Antrag, er beinhaltet nichts, was uns bei der Bewältigung der anstehenden Probleme weiterbringt. Ich möchte da auch nur einen Satz Ihres Antrages zitieren unter Punkt 2: „Die Landesregierung wird aufgefordert, ... eine Regelung zu treffen, die temporär und lokal auf eine sich anbahnende Überforderung eines lokalen Gesundheitssystems wirkt“. Genau das machen wir seit vielen, vielen Monaten. Dafür brauchen wir Ihren Antrag nicht. Meine Fraktion wird diesen Antrag ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Professor Dr. Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Mitbürger! Liebe Landsleute! Wertes Präsidium! Um mal mit dem Positiven anzufangen, darauf hat Herr Ritter hingewiesen, in der Tat, der vorgelegte Antrag der Blockparteien, SED-Blockparteien, hat einen,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Julian Barlen, SPD: SED, wo ist die denn?! – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

hat einen positiven Inhalt, und das ist die Verstärkung der Mitsprache des Parlamentes bei diesen Corona-Maßnahmen. Das ist richtig, das ist lobenswert. Und, Herr Kollege Ritter, ich möchte Sie ausdrücklich dafür beglückwünschen, dass Sie diesmal standhaft geblieben sind. Sie hatten das ja schon mehrfach eingebracht und dann wieder zurückgezogen,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist Taktik, davon verstehen
Sie nichts, Herr Weber!)

weil Sie sich auf Kompromisse eingelassen haben. Diesmal sind Sie wenigstens standhaft geblieben.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Allerdings – dann lesen Sie sich durch, was wir im Dezemberplenium beantragen werden –, das geht noch ein bisschen weiter. Aber wie gesagt, ich honoriere, das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Das ist aber auch das einzig Positive,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

das einzig Positive, was zu diesem Antrag der drei anderen hier vertretenen Fraktionen zu bemerken ist.

(Heiterkeit und Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ich möchte mal anfangen. Schon mit dem ersten Satz, wenn ich dann lese, wir sind gut durch die Corona-Maßnahmen gekommen, oder der neue Parlamentarische Geschäftsführer der CDU hat gesagt, es sei eine Insel der Glückseligkeit, dann kann ich das nur als blanken Hohn all denen gegenüber verstehen, die hier um ihre Existenz ringen, die ihre Arbeitsplätze verlieren, die ihre mühsam aufgebaute selbstständige Existenz einbüßen werden aufgrund dieser Maßnahmen.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Das ist dann – gut durch die Corona-Krise gekommen oder die Insel der Glückseligkeit –, ich glaube, eine größere Verhöhnung, ein größeres Lächerlichmachen derjenigen, die wirklich hier nicht nur um ihre Gesundheit, um die geht es jetzt nicht, sondern um ihre wirtschaftliche Existenz ringen, kann man sich kaum vorstellen. Da hätte ich mir etwas mehr Sensibilität vonseiten der Regierungsparteien und der LINKEN erwartet.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ansonsten kann man den Antrag eigentlich recht schnell zusammenfassen. Sie sind der Meinung, alles, was die Regierung bisher getan hat, ist gutzuheißen, alle unverhältnismäßigen, widersprüchlichen und zwanghaften Maßnahmen sind positiv, einschließlich einer verfassungswidrigen und durch nichts zu rechtfertigenden Schuldenaufnahme zulasten dieser und der nächsten Generation. Das ist so ungefähr das, was Sie uns in diesem Antrag präsentiert haben.

Ich möchte damit aber noch nicht aufhören, obwohl eigentlich schon alles gesagt ist, sondern noch ein paar Beispiele bringen. Zum Beispiel widersprüchlich, also dann fahren Sie jetzt in Bahnen oder Bussen zur Arbeit, eng zusammengedrängt, arbeiten an Ihrem Arbeitsplatz, gegebenenfalls auch wieder eng zusammengedrängt. Das stört niemanden. Aber wenn Sie in der Familie ein Treffen mit im Moment mehr als fünf, Weihnachten dann großzügigerweise bis zu zehn Personen organisieren wollen, dann wird das untersagt. Da kann ich nur sagen: Wo ist der innere Sinn davon?

Schule – auf dem Schulhof getrennte Zeiten, Auseinanderhalten der Schulkinder nach Klassen und allem Mögli-

chen, die dann, wenn sie den Pausenhof verlassen haben, in allen möglichen Gruppen zusammen nach Hause laufen können. Wo ist da irgendein Sinn drin zu sehen?

Gaststätten – die Gaststätten sind zu, ringen um ihre Existenz, obwohl sie zum Teil erhebliche Mittel für die Umsetzung des Hygienekonzeptes eingesetzt haben bis zum Existenzminimum. In Gaststätten sind nachweisbar höchstens 0,5 Prozent aller – Sie stellen ja immer darauf ab – Infektionsträger angesteckt worden. Also gerade diejenigen, die alles dazu tun, mit Abstand und so weiter, um gegen diese Pandemie anzukämpfen, mit denen gehen Sie völlig rigoros um.

(Beifall Horst Förster, AfD)

Hotel wäre das gleiche Gesagte. Das sind nicht nachvollziehbare, existenzbedrohende Maßnahmen.

Dann noch eine Frage: Zehn Leute dürfen an Weihnachten zum Familientreffen kommen, großzügigerweise, aus der Gnade der Regierung heraus. Aber wer kann denn zehn Leute in seiner Wohnung unterbringen? Dürfen die wenigstens in Hotels untergebracht werden? Nein, wenn die Hotels schließen müssen, dann müssen die, also diese zehn, verengt in der Zwei- oder Dreizimmerwohnung gegebenenfalls untergebracht werden. Wo soll da der Sinn zu finden sein von solchen Maßnahmen?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Amateursport wird rigoros runtergefahren, aber die Bundesligamillionäre, die werden weiter unterstützt und dürfen ihre sportlichen Tätigkeiten zum Nutzen aller weiter ausüben.

(Beifall Horst Förster, AfD)

Wer das versteht, aber vor dem verschlossenen Fitnessstudio steht, wo unter Einhaltung von Abstandsregelungen und Hygienekonzepten jeder für seine eigene Fitness und damit Gesundheit was tun könnte, der soll mir mal erklären, welchen Sinn so etwas macht!

Zwanghaft Theater geschlossen, Kultureinrichtungen geschlossen – jeder von uns weiß, dass er im Theater nicht allein sitzt, dass er bei Kulturveranstaltungen eben nicht allein zugange ist. Wer das vermeiden möchte, muss ja nicht hin. Aber warum muss man es denjenigen untersagen und verbieten,

(Thomas Krüger, SPD:
Sie haben nicht zugehört!)

die sagen würden, ich würde gern ins Theater gehen, unter Einhaltung der Abstandsregelungen, dann eben statt mit 300 nur mit 150 Besuchern?

(Thomas Krüger, SPD:
Sie haben nicht zugehört!)

Warum muss man Theater und Kultureinrichtungen schließen, wenn es einen brauchbaren, anderen und viel sozialverträglicheren Weg geben würde?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Für mich völlig unverständlich!

(Thomas Krüger, SPD: Den Eindruck hab ich auch, das verstehen Sie nicht.)

Und dann kommt Ihr Eingriff in die Familie. Frau Oldenburg hat gesagt, also Familie, das soll man zelebrieren können und so weiter, und hat auch sehr interessante Sachen über die Verletzlichkeit von Kinderseelen gesagt. Da haben Sie mir sehr aus dem Herzen gesprochen, da sollten wir sehr sorgsam umgehen mit solchen Einschränkungen.

Ich möchte mal ein Beispiel aus der eigenen Familie bringen. Mein Bruder hat vier Kinder, alle inzwischen volljährig, alle verpartnert, mit den Eltern, das sind schon zehn. Der wird in zwei Tagen, wir feiern in zwei Tagen einen runden Geburtstag. Da würde ich gerne hinfahren, das lassen Sie aber jetzt nicht zu. Abgesehen von Einreisebeschränkungen sind zehn schon durch die Kernfamilie geboten. Dann hat aber seine Frau auch noch drei Geschwister, die haben auch wieder Kinder. So sieht also Ihr neues Familienleben aus. Ist das die pseudotypische neue Familie mit möglichst nur einem Kind

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Hund!)

und sonst nichts mehr, die noch feiern darf? Und immer dann, wenn mehr Kinder festzustellen sind, dann werden solche Feiern rigoros untersagt.

Das Gleiche gilt im Übrigen auch für alle anderen privaten Feiern, aber auch für die Regelungen bei Beerdigungen und so weiter. Also wenn ich bei Beerdigungen nur noch zu zehnt kommen darf, um Abschied zu nehmen von Menschen, die mir lieb gewesen sind im Leben, dann muss ich sagen, kaum nachvollziehbar.

Und dann – jetzt kommt mal die juristische Seite in mir zum Tragen –, wie wollen Sie denn das reglementieren? Verbote machen nur einen Sinn, wenn sie auch durchgesetzt werden. Wollen Sie jetzt bei Familienfeiern, bei Familienfesten und an Weihnachten die Mitarbeiter des Ordnungsamtes in die Familien schicken, um abzählen zu lassen, wie viele Leute sind da, oder die Polizei hinschicken?! Was soll so etwas für einen Sinn machen? Das ist das Gegenteil von familienfreundlicher Politik! Hier wird wieder auf den Schultern der Ärmsten, derer, die sich nicht wehren können, insbesondere nämlich der Kinder, zulasten von vernünftiger Familienpolitik agiert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine Damen und Herren, und dann möchte ich noch einen Satz zu dem sagen, was mein Kollege Jess eigentlich schon vorgebracht hat. Sie stellen immer auf die Infektionszahlen ab, obwohl Sie wissen, da hören wir ja, jetzt waren es 22.000, gestern 18.000 Neuinfektionen im Bundesgebiet, obwohl alle wissen, dass bei über 90 Prozent dieser Infizierten die Corona-Pandemie oder die Corona-Erkrankung völlig symptomlos oder mit sehr, sehr geringen Symptomen einhergeht. Es ist die falsche Messlatte, auf diese Infektionszahlen abzustellen. Schauen Sie mal stattdessen auf die Übersterblichkeit, also auf die Zahl an Toten, die mehr da sind als vor Corona-Zeiten! Dann werden Sie feststellen, es gibt keine Übersterblichkeit in der Corona-Pandemie. Die existiert einfach nicht, nicht die Pandemie, sondern die Übersterblichkeit, weil es überwiegend Leute betrifft, die

auch früher schon gestorben sind, dann eben nicht an Corona. Oder die meisten sind ja nicht an oder mit Corona gestorben,

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

sondern an anderen krankheitsbedingten Dingen. Wenn Sie das ...

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Ach, Ihre zehn Jahre sind doch lachhaft, Herr Barlen, wie überhaupt das Ganze lachhaft ist!

Herr Jess hat es auch vorgebracht. Wenn Sie die Untersuchungen, die es gibt, zur Kenntnis nehmen würden, dann würden Sie feststellen, dass die Kollateralschäden, die Ihre Maßnahmen bewirken, ein Vielfaches von dem kosten, was sie an positivem Nutzen einbringen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine Damen und Herren, ein Satz dazu noch: Ich möchte Ihnen nur sagen, es geht nicht nur um Wirtschaft, es geht auch um Menschenleben. Es geht um aufgeschobene OPs, um aufgeschobene Arztbesuche, um Vereinsamung in Pflegeheimen und, und, und. Und das kostet auch Menschenleben. Es ist nicht nur, Herr Barlen, eine wirtschaftliche Betrachtung. So viel zu Ihren zehn Jahren! Da sollten Sie sich mal ein bisschen kundiger machen!

Meine Damen und Herren, wenn man das alles zusammenfasst, dann kann ich nur sagen, ein Antrag, der sich darauf erschöpft, abzunicken, was die Regierung vorgelegt hat, ist eigentlich das Papier nicht wert, auf dem er steht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Dementsprechend werden wir selbstverständlich diesen Antrag ablehnen.

Und, Frau Oldenburg, Ihnen wollte ich noch mal sagen, Selbstdenken führt zum Querdenken. Nur wenn das Selbstdenken in den alten eingebrachten Bahnen verläuft, wie es bei Ihnen scheinbar der Fall ist, dann fruchtet es nix. Aber ansonsten ist Selbstdenken der erste Schritt zum Querdenken.

Und deswegen kann ich alle nur aufrufen: Geht weiter auf die Straßen! Demonstriert gegen diese unsinnigen, unverhältnismäßigen Maßnahmen,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Buh!)

trotz Wasserwerfer, trotz widriger Polizeigewalt! Geht auf die Straßen, zeigt, dass ihr damit nicht einverstanden seid! So führt Selbstdenken zum Querdenken, und das ist heute nötiger denn je. – Danke!

(Julian Barlen, SPD: Sie sind ja ein richtiger Barrikadenführer hier, ne?! Ehrlich! – Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Da klatscht nicht mal die eigene Fraktion! – Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Kein Beifall bei der AfD-Fraktion! So viel zum Interesse!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Jetzt hat das Wort ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, wieder etwas runterzufahren!

Jetzt hat das Wort der fraktionslose Abgeordnete Arppe.

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Die Bürger dieses Landes können ja heilfroh sein, dass es hier in diesem Hause noch eine politische Kraft gibt, die es wagt, die Maßnahmen der Regierung kritisch zu hinterfragen,

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

auch wenn das von einigen Rednern hier als nicht konstruktiv diffamiert wird. Mehr Demokratie bedeutet ja nicht oder drückt sich ja nicht darin aus, dass das Parlament hier irgendwelche längst beschlossenen Dinge da nachträglich noch abnickt, sondern mehr Demokratie heißt ja, Diskussion über verschiedene Lösungsansätze, und das, was da gemacht wird, auch kritisch zu hinterfragen. Sie treiben da allerdings ein ganz perfides Spiel, indem Sie nämlich jede Kritik an der Corona-Politik denunzieren als irgendwie verschwörungstheoretisch, als Corona-Leugner und irgendwie, ja, nicht legitim. Aber Sie müssen doch auch zur Kenntnis nehmen, dass es immer mehr Fachleute, Mediziner, Wissenschaftler, Ärzte gibt, angefangen von der Kassenärztlichen Vereinigung und so weiter und so fort, die sich aus der Deckung trauen und sagen, die gegenwärtig durchgeführten Maßnahmen werden das angestrebte Ziel nicht herbeiführen,

(Thomas Krüger, SPD: Die meisten
sagen, es muss strenger sein.
Da haben Sie recht.)

sondern mehr Schaden anrichten als alles andere.

Ich rede nicht von Umfragen unter Ihren Gesinnungsgenossen,

(Thomas Krüger, SPD:
Oh, Gesinnungsgenossen!)

sondern ich rede hier von dem Urteil von Fachleuten, von Ärzten, Mediziner und Wissenschaftlern. Und das kann man doch als verantwortungsvolle Politik nicht einfach so ignorieren und sagen, es ist doch völlig egal, was die da so sagen, wir fahren unseren Kurs weiter, koste es, was es wolle, egal, ob dabei Tausende oder Zehntausende Existenzen zerstört werden, egal, ob alles, was wirtschaftlich in den letzten 30 Jahren geschaffen und aufgebaut wurde, vor die Hunde geht oder nicht.

Fakt ist, dass Zehntausende selbstständige Gastronomen, Unternehmer, Hoteliers vor den Trümmern ihrer Existenz stehen, und das hier mit so einer Nonchalance damit umgegangen wird, kann ich mir eigentlich nur so erklären, dass in der Politik immer häufiger Leute entscheiden, die in ihrem Leben selbst nie für ihren eigenen Lebensunterhalt arbeiten mussten,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

sondern es sich bequem machen auf ihren Sesseln, im politischen Betrieb oder in der sogenannten Zivilgesellschaft, die gar nicht wissen, was es heißt, das, was man in einem Leben voller Rackerei und Entbehrungen geschaffen hat, plötzlich wieder verlieren zu müssen.

(Julian Barlen, SPD:
Da kennen Sie sich aus, ne?! –
Zuruf von Minister Harry Glawe)

Deswegen hoffe ich, dass dieser Antrag der AfD, wenn nicht hier, aber in der Öffentlichkeit die verdiente Zustimmung findet. – Danke!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat noch einmal das Wort der Abgeordnete Barlen.

Julian Barlen, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich im Namen der SPD-Fraktion bedanken für die in weiten Teilen sehr angemessene, sehr verantwortungsbewusste Debatte seitens der Rednerinnen und Redner

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

der CDU und auch der Fraktion DIE LINKE zu den Verlängerungen der Maßnahmen, zu den Ansätzen der noch besseren Beteiligung des Parlamentes, zum Bevölkerungsschutz, auch zu den wirtschaftlichen, zu den finanziellen Hilfen. Das sind die Dinge, die die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern im Augenblick umtreiben. Und die Landesregierung und auch der Landtag hier in Mecklenburg-Vorpommern fahren bei der Pandemiebewältigung einen Kurs, der die Gesundheit der Bevölkerung schützt und der daher auch wirklich weitreichende Akzeptanz in der Bevölkerung findet, anders als die AfD. Übrigens, da sind die jüngst in der OZ-, SVZ-, NDR-Umfrage genannten 71 Prozent für das Regierungshandeln und sogar 75 Prozent für das Handeln der Regierungschefin wirklich Zahlen, die Mut machen.

Und wer jetzt der Debatte zugehört hat, fragt sich natürlich verwundert: Der ganze Landtag inklusive der gesamten Opposition fährt einen konstruktiven Kurs? Nein, leider ist es eben natürlich nicht der ganze Landtag,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Gott sei Dank!)

sondern es ist nur der konstruktive Teil des Landtages. Es ist nur der verantwortungsbewusste Teil des Landtages

(Heiterkeit und Unruhe
vonseiten der Fraktion der AfD)

und der besteht aus der SPD, aus der CDU und aus der Fraktion DIE LINKE.

Die AfD, meine Damen und Herren, hat heute wieder alles gegeben am Black Friday, hat sich so gut blamiert, wie sie kann, so gut es ging, und hat auch noch mal ganz genau bewiesen, wirklich auch dem letzten Zweifelnden bewiesen, dass es ihrerseits wirklich keinerlei Bereitschaft gibt, null Bereitschaft gibt, Irrwege aufzugeben, Fehler einzugestehen und, sozusagen anders als die Infektionszahlen, doch noch die Kurve zu bekommen. Es

haben sich wirklich alle Einschätzungen, die die AfD hier auf ihrem langen Irrweg in der Vergangenheit präsentiert hat, als falsch herausgestellt.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Verfolgt den schwedischen Weg, haben Sie gefordert. Krachend gescheitert! Krachend gescheitert!

Unser Fraktionschef Thomas Krüger hat anhand der aktuellen Zahlen von Statista heute Morgen noch mal hier nachgerechnet und präsentiert die 900 zusätzlichen Toten,

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

die es gegeben hätte, wenn damals dieses Parlament und die Regierung Ihrem Kurs gefolgt wären. Die hätten Sie auf AfD-Briefpapier ausstellen müssen, die Totenscheine. Gut, dass wir Sie daran gehindert haben, meine Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Einen Moment, bitte! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kramer?

Julian Barlen, SPD: Nein. Dabei hat er sich so schön die Maske aufgesetzt entgegen der üblichen Gewohnheit,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

weil sonst trägt die AfD in diesem Haus nämlich nie Maske, weil es ihr egal ist, was mit ihren Mitmenschen ist.

(Horst Förster, AfD: Das stimmt nicht! –
Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Verfolgt den schwedischen Weg, haben Sie gefordert. Krachend gescheitert! Weg mit den Alltagsmasken, hat die AfD lauthals gefordert. Das ist wissenschaftlich widerlegt, es ist widerlegt. Es ist belegt, dass sich die Übertragung des Virus deutlich einschränkt, wenn alle eine Alltagsmaske tragen. Schließungen weitgehend aufheben, das will die AfD durchsetzen, aber ohne Plan, ohne Plan dafür, wie das Gesundheitssystem das zum gegenwärtigen Zeitpunkt ohne ein Medikament, ohne eine Impfung schaffen soll.

Die Liste lässt sich fortsetzen, meine Damen und Herren, und die zeigt einzig und allein eines: Die AfD spielt weiterhin mit der Gesundheit der Bevölkerung, um selber politischen Profit aus einer solchen radikalen Abgrenzung zu ziehen.

Meine Damen und Herren, das mag als egoistische Strategie einer rechtspopulistischen, mit Blick auf den bei Ihnen weit verbreiteten Flügel rechtsextremen Partei irgendwie Sinn machen, für die Menschen in unserem Land ist das aber eine tödliche Strategie der Ignoranz und der Leugnung. Und das, meine Damen und Herren, muss sich angesichts der AfD wirklich jeder und jede klarmachen.

Und, meine Damen und Herren, da reißt es übrigens auch Ziffer 2 Ihres AfD-Antrages hier heute nicht raus. Da wird ja so getan, als habe man eigentlich doch einen seriösen Vorschlag, wie sich weitgehende Öffnungen ohne Einschränkungen dahin gehend schönreden las-

sen, dass eine Überforderung des Gesundheitssystems auch ohne generelle Maßnahmen verhindert werden kann. Meine Damen und Herren, das ist Augenwischerei! Das ist blau-braune Augenwischerei.

(Stephan J. Reuken, AfD: Jetzt reißen Sie sich mal zusammen! –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Der Junghistoriker der AfD!)

Das funktioniert nicht. Es macht keinen Sinn. Es macht keinen Sinn, Schutzmaßnahmen erst dann zu ergreifen, wenn das Kind schon längst in den Brunnen gefallen ist, es macht keinen Sinn. Genauso wenig macht es Sinn, Zitat, „kreisbezogene Kontaktvermeidungsmaßnahmen“, Zitatende, erst dann zu erlassen, wenn die Labore, wenn die Praxen, wenn die Krankenhäuser schon längst die Überlastung angezeigt haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, dann ist es zu spät! Dann ist der Drops gelutscht, dann sind die Fallzahlen hoch, die Einrichtungen schaffen es nicht mehr, die Zahlen steigen noch 14 Tage weiter an, die Grenze ist gerissen. Wie soll das gehen? Das ist der Vorschlag der AfD-Fraktion,

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

der hier zur Abstimmung gestellt wird! Und die AfD, meine Damen und Herren, zeigt einmal mehr, dass es wirklich gut ist, dass sie keine Verantwortung für dieses Land trägt, und alle Wählerinnen und Wähler haben im nächsten Jahr Verantwortung dafür, dass das so bleibt.

Und falls Sie jetzt monieren, Ziffer 2 sei so nicht gemeint, sondern es müsse ja doch eigentlich schon vor der Überlastung etwas passieren, also so punktuell, je nach Lage, passgenau – so habe ich ja Ihre Ausführungen verstanden, Herr Kramer –, ja, dann kann ich nur sagen: Willkommen im Klub, das ist unsere heutige Strategie! So wird seitens der Regierung, seitens der Landrätinnen und Landräte schon lange agiert. Dann geben Sie sich doch einen Ruck, wenn Sie das so meinen, meine Herren, stimmen Sie endlich zu! Aber da besteht bei Ihnen keine Hoffnung. Stattdessen erzählen Sie hier, und das hat Herr Dr. Jess ja auch wörtlich gesagt, alles sei in Wirklichkeit gar nicht anders als bei, ja, normalem Krankheitsgeschehen zu dieser Zeit, alles ...

(Dirk Lerche, AfD: Richtig! –
Dr. Ralph Weber, AfD: Bei der Sterblichkeit ...)

Genau, es gäbe überhaupt keine irgendwo besondere Sterblichkeit,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

das sei alles gar nicht so schlimm. Es gibt keine Anzeichen für die Überlastung von Kapazitäten. Tja, angesichts der Entwicklungen in unseren europäischen Nachbarländern und weltweit muss man wirklich sagen, die Demagogie und der Zynismus der AfD, der kennt wirklich keine Grenzen!

Die Kapazitäten sind hier in Deutschland und auch in Mecklenburg-Vorpommern mit Blick auf die reinen Betten derzeit noch nicht überlastet, eben weil wir es zweimal geschafft haben, die Kurve abzuflachen. Das ist der

Disziplin und das ist der Solidarität der Menschen hier in Deutschland geschuldet. Und eben weil es diese Disziplin, weil es diese Solidarität der Menschen gegeben hat, haben wir hier in Deutschland, haben wir in Mecklenburg-Vorpommern Szenen vermieden, wie wir sie in Belgien, in Spanien, in Italien, in Argentinien, in Großbritannien, in den USA, in Brasilien, in Mexiko, in Chile, in Frankreich, in Bolivien, in Tschechien und ja, übrigens auch in Schweden gesehen haben, wo locker das Dreifache bis Zehnfache an Toten zu beklagen ist und die Versorgung eben nicht mehr hinterhergekommen ist. Mal davon abgesehen übrigens, meine Damen und Herren, dass die reine Anzahl an Beatmungsplätzen irreführend ist, weil es ja auch noch das qualifizierte Personal dafür braucht, und das ist knapp, das ist absolut an der Grenze der Leistungsfähigkeit, wenn Sie mal mit offenen Augen die Berichterstattung aus den Krankenhäusern sich anschauen.

(Zuruf von Jörg Kröger, AfD)

Das alles, meine Damen und Herren, kann keine politische Kraft, die es gut meint mit den Menschen hier im Land, verantworten wollen. Das kann nur eine Partei wie die AfD fordern, der Anstand, der Moral, der das Wohlergehen der breiten Masse der Bevölkerung aus Parteitaktik schlichtweg völlig egal zu sein scheinen.

Den AfD-Antrag, meine Damen und Herren, lehnen wir ab, und gleichzeitig bitte ich Sie um Zustimmung zum interfraktionellen Antrag. Gemeinsam stark, das gilt für die gesamte Gesellschaft in der Pandemie, gemeinsam stark, das gilt für die gute Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament, und gemeinsam stark, das gilt auch zwischen der Koalition und dem konstruktiven Part der Opposition. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, zu Ihrem Redebeitrag ist eine Kurzintervention des Abgeordneten Kramer angezeigt worden.

Bitte schön, Herr Kramer!

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, vielen Dank!

Herr Barlen, Sie zeichnen hier ein demagogisches Bild. Sie sprechen hier von Totenzahlen, von Totenscheinen, die wir ausgestellt hätten, würden wir die Regierung, die Regierungsarbeit übernehmen. Das ist Zynismus pur, das ist Populismus in Reinkultur. Der Bund rechnet mit 1,5 Billionen Euro Belastung für die öffentlichen Kassen. Das Land Mecklenburg-Vorpommern beschließt demnächst einen Nachtragshaushalt mit 2,8 Milliarden Euro Schulden. Ab wann ist es denn genug Belastung für Sie?

Dann sprechen Sie von überfüllten Betten in Intensivstationen. Offenbar passen Sie nicht auf in den Ausschusssitzungen. Es gibt ein Bettenregister. Die Zahlen sprechen absolut ein anderes Bild. Die offiziellen Zahlen in der DIVI-Statistik sprechen ein absolut anderes Bild als das, was Sie hier gezeichnet haben. Das ist Schwarzmalerei obersten Regales. Und im Übrigen nannte man früher Infizierte ohne Symptome „Gesunde“. Das wollte ich im Rahmen dieser Intervention auch noch mal loswerden.

Und nur, weil Sie eine Lüge immer wiederholen, wird sie dadurch nicht wahrer, Herr Barlen, denn meine Kollegen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

denn meine Kollegen achten sehr wohl darauf, dass wir uns an die Hausordnung halten, dass wir uns in den Fluren, in den Treppenhäusern dementsprechend mit Masken bewegen, und das nicht nur, weil es hier eine Hausordnung gibt, das nicht nur, weil es ein Zwang ist, sondern weil wir uns eben gegenseitig schützen wollen. Das ist der Punkt, Herr Barlen. – Herzlichen Dank!

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Julian Barlen, SPD: Gut. Also das Kompliment ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Einen Moment, bitte!

Herr Kollege Barlen, möchten Sie darauf antworten?

Julian Barlen, SPD: Wie immer, nein, aber ich tue es.

Also das Kompliment – in Anführungsstrichen – der Demagogie kann ich nur zurückgeben. Ich glaube, es war die Fraktion der AfD, wenn ich das richtig verstanden habe, die sich strikt gegen das Thema „Masken tragen“ hier im Landtag gewandt hat.

(Horst Förster, AfD: Das ist auch richtig.)

Können Sie ja gerne noch mal korrigieren im Nachhinein, wenn Sie sagen, nein, das war alles gar nicht so gemeint, wir waren nicht Herr unserer Sinne, wir haben das hier alles also nur geträumt, jetzt sind wir selbstverständlich dafür, weil wir uns gegenseitig schützen wollen. Wissen Sie, veralbern können Sie vielleicht Leute in Ihrem Umfeld, da haben Sie ja in Ihrer Fraktion alle Hände voll zu tun, aber veralbern können Sie nicht das Parlament und nicht die Öffentlichkeit.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Fahren Sie mal drüben in der Puschkinstraße mit dem Fahrstuhl, Herr Fraktionsvorsitzender!)

Sie waren gegen dieses Maskentragen.

Und jetzt sagen Sie, Herr Barlen, das ist Populismus, was Sie hier machen mit den Todeszahlen, und das ist Demagogie mit den Totenscheinen auf AfD-Briefpapier. Ich würde das gerne an dieser Stelle noch mal untermauern. Sie haben damals lauthals gefordert, die Regierung muss den schwedischen Weg gehen,

(Thomas Krüger, SPD:
Jawoll! So ist es. Genau so!)

die Regierung muss den schwedischen Weg gehen. Sie sind überhaupt nicht,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Sie haben sich ja schon fast Schweden-Fähnchen überall auf die Kleidung genäht, so euphorisiert waren sie von dieser Idee. Und da haben wir Ihnen einzig mal eine Sache vorgerechnet: Wenn die deutsche Regierung, wenn die Regierung in Mecklenburg-Vorpommern den Weg Schwedens gegangen wäre, hätten wir Stand heute

über 1.000 Todesfälle in Mecklenburg-Vorpommern zu beklagen.

(Dirk Lerche, AfD: Die haben doch ein ganz anderes System. Das kann man doch gar nicht vergleichen!)

Und im Augenblick haben wir auf 1 Million Einwohner berechnet in Mecklenburg-Vorpommern unter 40 und nicht, wie es in Schweden ist, 654. Und diese Differenz, 900 Tote, die hätten Sie zu verantworten gehabt,

(allgemeine Unruhe –
Zuruf aus dem Plenum: Und Sie haben den Kollateralschaden zu verantworten!)

wenn wir Ihrem Rat gefolgt wären, diesen Weg zu gehen. Und deshalb können wir stolz darauf sein, dass wir das nicht gemacht haben,

(Zuruf aus dem Plenum:
Das ist einfach unanständig!)

und deshalb sind auch die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern dankbar dafür, dass der tödliche Vorschlag der AfD hier keine Rolle gespielt hat. Und das hat nichts mit Demagogie zu tun, sondern mit Fakten. – Besten Dank!

(allgemeine Unruhe –
Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Ums Wort gebeten hat für die Landesregierung die Ministerpräsidentin. Bitte schön, Frau Schwesig!

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte mich auch im Namen der Landesregierung ganz herzlich für diese Debatte bedanken und insbesondere für den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE zur Unterstützung der vorgeschlagenen weiteren Corona-Maßnahmen, aber auch für Ihre weiteren Anregungen. Wir werden es genauso handhaben, wie wir das beim letzten Mal gemacht haben. Wir hatten die Beschlüsse von Kanzlerin und Ministerpräsidenten, die wir heute hier vorgestellt haben und auch vorgestellt haben, wie wir damit umgehen, wir haben Ihre Beschlüsse, wenn es hier so beschlossen wird, von heute und würden morgen im MV-Gipfel dann entsprechend die Beschlüsse so umsetzen und selbstverständlich auch Ihre neuen Verfahrensvorschläge umsetzen.

Ich möchte mich an der Stelle ganz herzlich für dieses demokratische, geschlossene Signal aus diesem Landtag bedanken, denn meine Erfahrung ist, dass Streit in der Demokratie wichtig und richtig ist, dass die Bürgerinnen und Bürger sich aber auch eben von uns wünschen, was sind denn jetzt auch eure gemeinsamen Lösungen für diese Pandemie. Und weil ich es noch nicht ganz aufgegeben habe, dass Fakten der Wissenschaft, der Ärzte, vor allem der Praktiker, die vor Ort behandeln, zählen, würde ich gerne auf fünf Punkte eingehen.

Erstens. Die AfD schlägt ja in ihrem Antrag vor, dass wir eine Regelung treffen sollen, „die temporär und lokal auf eine sich anbahnende Überforderung eines lokalen Gesundheitssystems wirkt“. In Kooperation mit Oberbürgermeistern und Landräten soll die Landesregierung einen Plan erarbeiten.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, das ist schon längst umgesetzt. Das machen wir von Anfang an in der Pandemie. Es gibt den sogenannten Mecklenburg-Vorpommern-Gipfel, MV-Gipfel, an dem alle Landräte, alle Oberbürgermeister teilnehmen, Gesundheitsexperten sowohl der Uniklinik Rostock als auch Greifswald, des LAGuS, und dort haben wir die gemeinsame Ampel entwickelt.

Die Ampel, die grün ist bis 10 Infektionen, die gelb ist bis 35 Infektionen und die auf Rot springt bei 50. Und für diese Ampel gibt es klare Regeln in unserer Verordnung. Und diese Regeln sehen auch vor, dass eben die Landräte lokal in ihrem Landkreis und die Oberbürgermeister in der kreisfreien Stadt auf dieser Basis reagieren. Und das findet gerade statt. Es findet gerade statt, dass zum Beispiel in den Risikogebieten, die wir auch lokal bei uns im Land gesehen haben, mehr Einschränkungen sind als in den Gebieten, wo es nicht so ist. All das findet schon längst statt.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Weil immer wieder die Infektionszahl infrage gestellt wird, möchte ich sagen, dass auch die Infektionszahl natürlich von Wissenschaftlern entwickelt worden ist. Und die 50er-Inzidenz hat vor allem den Hintergrund, dass man davon ausgeht, dass ungefähr bei 50 Infektionen als Inzidenz so lange das Gesundheitssystem, dass die Gesundheitsämter, die wir natürlich aufgerüstet haben, inklusive Unterstützung der Bundeswehr, die Nachverfolgung schaffen können, damit die Infektionsketten durchbrochen werden.

Denn die ganze Zeit ist die Kernstrategie von Anfang an – ich habe es mehrfach vorgetragen, deswegen habe ich es heute nicht in der Regierungserklärung getan, aber das möchte ich gerne noch mal wiederholen –, von Anfang an ist die Strategie, solange es keinen Impfstoff gibt und auch keine wirksamen Medikamente, hilft nur Abstand und bei Infektionen die Infektionskette durchbrechen. Und die 50er-Inzidenz ist eine Inzidenz, an der festgemacht ist, wie lange es geschafft wird, die Nachverfolgung zu machen, damit man die Infektionskette durchbrechen kann. Es ist also schon hergeleitet.

Nichtsdestotrotz ist sie keine starre Zahl, denn natürlich gucken unsere Landräte und Oberbürgermeister mit den lokalen Gesundheitsämtern. Das ist das Management vor Ort. Da reden weder Harry Glawe, unser Gesundheitsminister, noch ich irgendwie rein. Vor Ort gucken sie lokal, warum steigen denn jetzt unsere Zahlen: Sind es abgrenzbare Bereiche, wie es in Vorpommern-Rügen war, zum Beispiel Betriebe? Sind es Heime, Krankenhäuser oder ist es, wie Landrat Kärger zum Beispiel aus der Mecklenburgischen Seenplatte sehr früh berichtet hatte, ein diffuses Geschehen, also ist es verbreitet? Das macht auch Unterschiede, und darauf wird lokal reagiert.

Es wird entschieden auf Basis einheitlicher Maßstäbe, aber die Umsetzung wird entschieden vor Ort durch Landräte, Oberbürgermeister und Gesundheitsämter. Und das ist ja das wiederum, was wir die ganze Zeit versuchen, in der bundesweiten Debatte unterzubringen, wo sich immer alle wünschen, das muss bundesweit gleich sein. Wir verfolgen genau diese Strategie, die Sie heute hier vorschlagen. Die verfolgen wir, mit Verlaub, seit dem 12. März, und dabei bleibt es auch. Es ist kein neuer Vorschlag.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich habe mir aber trotzdem die Mühe gemacht, weil insbesondere Dr. Jess, jedenfalls nach meiner Auffassung, versucht hat, ein paar Sachfragen zu stellen. Ich hoffe, dass ich die Sache nach der 50er-Inzidenz jetzt ein bisschen schildern konnte.

Ich will eine zweite Sache vorstellen, und das sind nicht Dinge, die ich politisch sage, sondern Dinge, die ich jetzt in acht Monaten Crashkurs Corona-Pandemie mit sehr, sehr vielen intensiven Gesprächen unserer Wissenschaftler hier, aber auch bundesweiter Wissenschaftler aufnahme und sozusagen in die Diskussion einbringe. Sie haben auch gesagt, es gibt auch bei anderen Krankheiten ein Risiko, und damit haben Sie recht. Und es stimmt, es gibt kein risikofreies Leben. Und auch unsere Strategie ist nicht risikofrei, denn sonst hätten wir einen harten Lockdown – alles dicht, alle zu Hause. Das haben wir ja gar nicht.

Aber was der Unterschied ist – und Sie haben das Beispiel Tumorerkrankungen genannt –, der Unterschied ist, dass unser Anspruch ist, dass die, die schwer erkranken, einen Anspruch haben müssen, die gerade aktuell beste medizinische Versorgung zu bekommen. Und ich bleibe bei Ihrem Beispiel, bei Tumorerkrankungen ist es gewährleistet, dass die Menschen die entsprechende Medizin bekommen, ob das die OP ist, ob es eine Chemo ist, eine Bestrahlung, alles, was in diesem ganzen Repertoire vorhanden ist. Da ist nicht die Situation, dass davon etwas nicht zur Verfügung steht. Auch bei Herzinfarkt und Schlaganfall: Patienten, die daran schwer erkranken, kommen auf die Intensivstation und dann werden sie dort behandelt. Leider ist es so, dass sich oft schon im Durchschnitt nach vier Tagen entscheidet, schafft der Patient es, kann er wieder umgelegt werden auf die Normalstation oder schafft er es nicht.

Und das sind zwei elementare Unterschiede zur schweren Covid-Erkrankung. Bei einer schweren Covid-Erkrankung ist es häufig so, dass in einer ganz kurzen Zeit, manchmal am Tag oder nachts, ganz schwere Beatmungsprobleme entstehen, dass die Menschen in die Normalstation müssen oder gleich auf die ITS. Die Charité berichtet, dass ein Großteil ihrer Fälle mittlerweile beatmet wird. Und diese Patienten haben eine Überlebenschance, wenn sie lange beatmet werden. Also die Zeit auf der Intensivstation, die beträgt dann eben nicht im Durchschnitt wie bei anderen schweren Erkrankungen vier Tage, sondern im Durchschnitt drei Wochen. Und das setzt das System unter Druck, weil die Infektionen von heute sind schwer Erkrankte in vier Wochen später. Und wenn die schwer Erkrankten jetzt jeden Tag auf die ITS müssen und beatmet werden müssen, sind dort aber welche, die von noch davor beatmet werden müssen. Und das setzt das System unter Druck, auch wenn man es hochfährt. Und das ist der ganz entscheidende Unterschied zu allem anderen, und deswegen kann man es nicht vergleichen.

Und dritter Punkt: Jetzt sagen Sie immer das „Streeck-Papier“, und da sagt ja auch Ihr Antrag, wir sollen das übernehmen. Und da möchte ich Ihnen sagen, ...

(Dirk Lerche, AfD: Und Kassenärztliche Bundesvereinigung.)

Und Kassenärztliche Bundesvereinigung.

... da möchte ich Ihnen ehrlich sagen, wir beschäftigen uns wirklich mit den ganzen Vorschlägen hoch und runter. Und warum sollte denn eine Politikerin oder ein Politiker, egal, von welcher Partei, nicht froh sein, wenn alle Wissenschaftler sagen würden, Shutdown braucht ihr nicht zu machen, bringt gar nichts? Da wären wir doch selber froh, dass wir die Einschränkungen nicht machen müssen. Wir beschäftigen uns mit allem Pro und Kontra und auch mit diesem Papier. Das Problem an diesem Papier ist, dass dieses Papier, obwohl es von Streeck und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung vorgetragen worden ist, von den Ärzten gar nicht unterstützt wird. Viele praktizierende Ärzte haben sich distanziert.

Ich kann nur ein Beispiel hier vortragen. Die Pressemitteilung zu diesem KBV-Positionspapier, was Sie hier vortragen, vom Berufsverband Deutscher Anästhesisten, ich zitiere: „Stellungnahme trägt zur Verunsicherung bei“ – Intensivmediziner aus der Anästhesiologie distanzieren sich von Positionspapier der ‚Kassenärztlichen Bundesvereinigung‘ – Keine Alternative zu Kontaktbeschränkungen ... Intensivmediziner aus dem Bereich der Anästhesiologie kritisieren die Aussage der ‚Kassenärztlichen Bundesvereinigung‘ ..., wonach ein Lockdown in Teilen nicht das richtige Mittel gegen die Corona-Pandemie sei. Der Präsident des ‚Berufsverbandes Deutscher Anästhesisten‘ ..., Professor Dr. Götz Geldner, sagt, dass es zu einer deutlichen Einschränkung von Kontakten und damit der Ausbreitungsmöglichkeit der Infektion derzeit keine Alternative gebe. Alle anderen Schritte seien bislang nicht genügend wirksam gewesen. Viel stärker als im Frühjahr gehe es jetzt darum, einen Kollaps der gesamten Intensivmedizin in Deutschland und damit sehr viele Tote zu vermeiden: ‚Wir können der Lawine, die sich bald lösen könnte, als Gesellschaft und Gesundheitssystem nicht tatenlos zusehen‘, sagt Professor Geldner.“ Dieser Verband „mit seinen mehr als 20.000 Mitgliedern, die als ... Anästhesisten derzeit in der Pandemie in der Intensivmedizin an vorderster Front arbeiten, distanziert sich damit deutlich von einem Positionspapier der KBV, das gestern in Umlauf gebracht wurde“ und das sie eben nicht mitgetragen haben.

Ich könnte Ihnen jetzt viele dieser Distanzierungen vorlesen. Fakt ist, dass sich die echt praktizierenden Ärzte, die vor Ort an der Basis arbeiten, davon distanzieren. Und ich bin der Meinung, wir sollten auf die hören, die wirklich vor Ort die Fälle betreuen, die Erfahrungen haben, praktische Erfahrungen haben. Meines Erachtens ist dieser Vorstoß von Streeck, KBA, die sich ja dann auch distanziert haben, gescheitert und deswegen überhaupt keine Basis. Für uns ist die Basis die Erfahrung der Ärztinnen und Ärzte, die mit Patienten vor Ort arbeiten, unsere Experten aus dem Land. Und das wird auch von vielen Instituten deutschlandweit unterstützt. Und deshalb ist das nicht für uns die Basis.

Vierter Punkt. Es werden angesprochen die großen wirtschaftlichen und auch finanziellen Folgen. Und das stimmt, die sind enorm. Wenn man diesen Dreiklang schaffen will – Gesundheitsschutz, Arbeitsplätze und Wirtschaft und sozialer Zusammenhalt –, dann muss man diese Hilfen aussprechen. Es ist aber auch nachgewiesen – übrigens auch von Wirtschaftswissenschaftlern –, dass, wenn wir nicht frühzeitig reagieren, die Zahlen so durch die Decke gehen, dass man einen echten Lockdown macht. Und ein echter Lockdown würde bedeuten, wie wir es im Frühjahr hatten: alles dicht, auch der Einzelhandel, plus Ausgangsbeschränkungen, die wir hier

nie hatten. Und die wirtschaftlichen Folgen, wie wir das in anderen europäischen Staaten sehen wie Frankreich und Italien, die wirklich hart die Wirtschaft dichtmachen bis hin zu Teilen der Produktion, wären immens.

Deswegen sind die wirtschaftlichen Folgen jetzt, die sind enorm, aber sie sind verhältnismäßiger als die, wenn man den Weg gehen würde, den Sie vorschlugen. Der würde bedeuten, wir würden auf Dauer unsere Wirtschaft und unsere finanzielle Kraft vernichten. Und deswegen gehen wir den anderen Weg der gesunden Balance zwischen Gesundheit, Wirtschaft/Arbeit und sozialem Zusammenhalt. Und frühzeitig handeln bedeutet in der Konsequenz weniger Infektionen, weniger schwer Erkrankte, weniger Tote, weniger härtere Maßnahmen, weniger wirtschaftlicher Schaden, mehr sozialer Zusammenhalt. Das ist unser Konzept.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und der fünfte Punkt, weil Frau Oldenburg ihn vorgetragen hat, gerade mit Blick auf die Wirkung auf Kinder und Jugendliche, der ist sehr wichtig, und wir haben unseren Landtag so verstanden, schon bei der letzten Debatte, dass es deshalb Öffnungen geben sollte an Stellen, wo epidemiologisch es nicht unstrittig ist, ob es gut ist, zum Beispiel der Kinder- und Jugendsport. Andere Länder haben sich dagegen entschieden. Und deshalb haben wir uns auch entschieden bei der neuen Kontaktregel, nicht die Best-Friends-, also Einfreundregel mitzumachen, sondern die neue Kontaktregel heißt: zwei Hausstände, fünf Personen, aber eben Kinder bis 14 werden nicht angerechnet, um genau diesen Punkten bezüglich der Kinder und Jugendlichen Rechnung zu tragen. Und deswegen auch der Einsatz für Öffnung von Kitas und Schulen.

Das wollte ich noch mal sagen, dass wir diese Punkte, die Frau Oldenburg heute, glaube ich, noch mal mit sehr viel Empathie vorgetragen hat, was es eigentlich mit Kindern und Jugendlichen macht, über die man schnell hinwegwerguckt, dass wir die wirklich auch gerade in unsere länderspezifischen Regeln aufnehmen. Und vielleicht wird M-V manchmal dafür belächelt, dass als Allererstes die Zoos und Tierparks und der Kinder- und Jugendsport offen sind als vielleicht weitere Dienstleistungen, aber ich glaube, das ist genau der richtige Weg, dass wir eben einen Blick auf die Kinder und Jugendlichen haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, an diesen fünf Beispielen wollte ich Ihnen deutlich machen, wie wir Anregungen des Parlaments selbstverständlich aufnehmen, auch morgen, wenn der MV-Gipfel wieder zusammenkommt und die Verordnung angepasst wird, und dass Sachargumente, vermeintliche Fakten, die Sie vorgetragen haben, sehr geehrte Herren der AfD, entweder längst berücksichtigt sind oder eben auch nicht tragen. Ich habe es noch nicht ganz aufgegeben, dass man sich auch über Fakten streiten kann, und deshalb noch mal hier unsere Meinung als Landesregierung zu Ihrem Antrag.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei der SPD, CDU und DIE LINKE. Sie machen es sich genauso schwer wie wir mit den Auseinandersetzungen, was die Maßnahmen angeht, aber ich denke, dass die Bevölkerung sieht, wer in solcher Krise eben wirklich dann auch handlungsfähig

ist und sich auch entscheidet, einen Weg zu gehen. Man kann immer über vieles meckern, aber am Ende müssen wir entscheiden, um Leben zu retten, nicht mehr und nicht weniger. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Ann Christin von Allwörden, CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Frau Ministerpräsidentin, es gibt eine angemeldete Kurzintervention aus der Fraktion der AfD.

Bitte schön, Herr Dr. Jess!

Dr. Gunter Jess, AfD: Ja, vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin!

Ihr Beitrag eben hat sich sehr wohltuend abgehoben von dem zum Beispiel von Herrn Barlen. Deshalb dafür herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das war eine echte, kritische Auseinandersetzung.

(Birgit Hesse, SPD:
Das ist keine Kurzintervention.)

Und da würde ich mich freuen, wenn wir das grundsätzlich so führen könnten. Aber ich würde trotzdem gerne noch mal darauf eingehen, weil ich gemerkt habe, dass Sie ernsthaft versuchen, sozusagen Argumente auch wirklich zu diskutieren.

Und da wäre das Erste: Sie haben recht, wir haben auch bei den Fachleuten sehr gegensätzliche Positionen, die dort diskutiert werden, und es kommt immer darauf an, welche Berater holt man sich denn nun gerade. Leider vermissen wir, dass praktisch in der Fachöffentlichkeit diese Diskussion wirklich ernsthaft und gemeinsam mit den polarisierenden Meinungen sozusagen geführt wird und dort eine gemeinsame Position sich erarbeitet wird. Die sehe ich in Schweden. Dort, finde ich, machen die eine hervorragende Kommunikationspolitik. Das finde ich hervorragend. Jeden Tag wird dort praktisch erläutert im Fernsehen, wie man sich entscheidet und warum man sich so entscheidet.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Macht sie doch auch jeden Tag.)

Und deshalb bin ich der Meinung, dass es einfach nicht stimmt, wenn Sie sagen, dass die Praktiker vor Ort eine andere,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ich sehe die Ministerpräsidentin
jeden Tag bei uns im Fernsehen.)

dass die Praktiker ...

Es geht hier um Fachgremien, es geht um Fachgremien,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, sie
ist kein Fachgremium, oder was?)

die ich gesagt habe. Ich glaube, das wäre eine Überforderung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Echt? Das ist jetzt aber eine bösertige Unterstellung. Das zeugt von Ihrem fiesem Charakter.)

Es geht wirklich darum, dass man sagt, die gesunde Balance, die Sie angesprochen haben,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Sind die zwei Minuten um? –
Zuruf von Julian Barlen, SPD)

die ist eben nicht da, diese gesunde Balance, weil wir derzeit eine gewaltige Diskrepanz zwischen dem Nutzen und dem Schaden, den die Maßnahmen anrichten, haben. Ich denke, da wäre eine dauerhafte Diskussion sinnvoll, wenn man die weiterführt und auch mit eventuell besseren Fakten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sind die zwei Minuten eigentlich um?)

Ich würde mich freuen, wenn wir diese Diskussion konstruktiv gemeinsam

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Mignon, sind die zwei Minuten um?)

oder wirklich in allen Fraktionen führen könnten. Leider haben Sie eben schon wieder Anklang gehabt,

(Julian Barlen, SPD: Dafür müsste sich Ihre beteiligen.)

den Anklang gehabt,

(Andreas Butzki, SPD: Also bei uns in der Fraktion passiert das.)

dass wir nicht ernsthaft an dieser Thematik arbeiten. Das möchte ich streng zurückweisen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Frau Ministerpräsidentin, möchten Sie darauf eingehen?

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Ja, vielen Dank!

Also erstens ist es so, dass ich wahrnehme, dass diese Diskussionen wirklich überall geführt werden.

(Julian Barlen, SPD: So ist es.)

Es wird ja fast gar nichts anderes mehr diskutiert als Corona.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich hatte auch nicht den Eindruck, dass ich zu wenig präsent bin und versuche, die Dinge zu erklären. Aber wenn der Landtag es beschließt, werde ich mich um noch mehr Präsenz bemühen.

(Beifall und Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD und Peter Ritter, DIE LINKE – Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Jawolll!)

Aber, aber jetzt, aber,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
In die Landesverfassung aufnehmen. –
Heiterkeit und Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

aber es ist so,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

es ist so, dass sich alle, in den Runden, in denen ich dabei bin – das habe ich ja beschrieben –, setzen wir uns mit allen Argumenten auseinander. Und ich habe es eben beschrieben, wer würde sich denn nicht freuen von uns Verantwortlichen, wenn sie, die sagen, ist doch alles nicht so schlimm, macht doch mal ein bisschen lockerer, passiert nichts, wenn die recht hätten. Da würde ich mich freuen, würde ich total gerne machen. Ich meine, das spricht doch gegen die DNA von uns Politikerinnen und Politikern, Dinge zu schließen. Wir sind in der Regel dafür angetreten, Dinge aufzumachen, weiter zu öffnen.

Wir haben uns damit auseinandergesetzt. Ich persönlich habe sogar schon mit Herrn Streeck gesprochen. Aber ich habe es Ihnen vorgetragen, das, woran Sie sich festmachen, ist alleine dieses Positionspapier von Herrn Professor Streeck und dem Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, der viel Kritik dafür bekommen hat, dass er diesen Alleingang gemacht hat, weil viele praktizierende Ärztinnen und Ärzte, übrigens hier auch aus unserem Land, überhaupt nicht dahinterstehen. Und ich habe Ihnen deutlich gemacht, wie viele Gegenpositionen es gibt. Und allein Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz, Leibniz, Max-Planck-Gesellschaft, Leopoldina, alle die unterstützen die Maßnahmen, die wir jetzt vorschlagen. Die haben wir uns ja nicht selbst ausgedacht, und das – habe ich eher den Eindruck – wird bei Ihnen ausgeblendet.

(Rainer Albrecht, SPD: Ja.)

Diese differenzierte Diskussion gibt es. Deswegen übrigens diskutieren auch die Ministerpräsidenten so oft mit der Kanzlerin. Ich wundere mich ja immer, warum es heißt, warum sitzt ihr stundenlang da zusammen. Dann sage ich mir immer, hallo, alle Virologen diskutieren öffentlich quer – da haben Sie recht, da gibt es unterschiedliche Meinungen –, die ganze Bevölkerung diskutiert darüber, warum dürfen wir das eigentlich nicht als Ministerpräsidenten und Kanzlerin? Wir tun das auch, aber am Ende entscheiden wir uns für eine Strategie und versuchen, die auch zu kommunizieren.

Die Strategie von Schweden ist gescheitert. Da schließe ich mich dem an, was Herr Krüger sagt: Hätten wir darauf gehört, hätten wir heute mehr Tote zu beklagen, eine Überforderung des Gesundheitssystems, hätten wir auch triageähnliche Verhältnisse. Und all das verträgt sich nicht mit unseren Wertvorstellungen einer demokratisch-freiheitlichen Gesellschaft. Freiheit geht nämlich einher mit Verantwortung. Wenn wir frei leben wollen, haben wir auch die Verantwortung dafür, dass wir zusammen gesund bleiben und gute medizinische Versorgung anbieten.

Und abschließend möchte ich sagen, leidenschaftliche Debatten zwischen Fraktionen, glaube ich, gehören dazu,

(Am Rednerpult leuchtet die rote Lampe.)

und deswegen kann ich mich auch voll und ganz dem Redebeitrag von dem geschätzten Kollegen Herrn Barlen anschließen. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Frau Ministerpräsidentin, es tut mir leid, aber an der Stelle haben Sie auch nur zwei Minuten. Deshalb kam also auch das Signal.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Entschuldigung! Ich habe das erste Mal auf eine Kurzintervention geantwortet

(Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD)

und kannte die Regeln noch nicht. Entschuldigung!

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Alles klar! Das nächste Mal ist es dann klar.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache zu den Anträgen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5584 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön! Gegenprobe. – Danke schön! Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5584 bei Zustimmung durch die Fraktion der AfD und den fraktionslosen Abgeordneten, ansonsten Gegenstimmen abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE auf Drucksache 7/5615. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön! Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE auf Drucksache 7/5615 bei Zustimmung durch die Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE und die fraktionslose Abgeordnete und Gegenstimmen der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 9. Dezember 2020 um 10.00 Uhr ein.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Auch das noch!)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13.22 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Till Backhaus, Ralf Borschke, Lorenz Caffier, Patrick Dahlemann, Stefanie Drese, Sebastian Ehlers, Dirk Friedriszik, Jörg Heydorn, Holger Kliewe, Karen Larisch, Dr. Matthias Manthei, Nils Saemann und Dr. Wolfgang Weiß.